

Weltsozialforum 2004 in Mumbai (Bombay)

Kirsten Bredenbeck (Kooperation Brasilien Freiburg)

In diesem Jahr ging das Weltsozialforum (WSF) erstmals auf Reisen, nachdem es drei Jahre hintereinander in Porto Alegre stattgefunden hat. Etwa 100.000 Menschen, darunter rund 10.000 Delegierte aus dem Ausland, kamen vom 16.-21. Januar zum IV. Weltsozialforum in Mumbai zusammen, um eine große Bandbreite globalisierungskritischer Themen zu diskutieren. Das Gesicht des Forums hat sich verändert: die Zusammensetzung der Teilnehmenden war eine andere, neue Themen kamen hinzu und eine politisierte indische Weise der Organisation schaffte neue Rahmenbedingungen. Ungeklärt bleibt bislang, wie die Übersetzung des Weltsozialforums in weltweite politische Aktionen verbessert werden kann. Aber ist es wirklich dies, was das Herz des Weltsozialforums ausmacht?

Nesco Grounds heißt das knapp ¼ Quadratkilometer große Gelände einer seit zehn Jahren stillgelegten Turbinenfabrik im Norden von Mumbai. Bis etwa Mitte Januar gibt es hier vor allem ein altes Verwaltungsgebäude und sieben riesige Hallen. Doch dann herrscht absolute Betriebsamkeit auf dem Gelände: Hunderte von ArbeiterInnen rammen kahle Baumstämme in die Erde, zurren die Stämme mit Sisal fest, erschaffen Wände und Dächer aus Baumwolle und Jute. Sie verlegen elektrische Leitungen für Licht und Ventilatoren an den hohen Decken und statten den Erdboden der so entstandenen Veranstaltungshallen mit Jutesäcken aus. Danach bestücken sie die Zelte mit Plastikstühlen, Konferenzpodien und Mikrofontechnik. 140 solcher Hallen bieten schlussendlich Raum für die mehr als

1.200 Veranstaltungen des Weltsozialforums. Daneben erstehen mehrere Areale mit insgesamt 160 Essensbuden, und das alte Verwaltungsgebäude der Fabrik verwandelt sich in ein Pressezentrum mit 130 ans Internet angeschlossenen Computern. Das physische Rüstzeug für das IV. Weltsozialforum – es entsteht innerhalb weniger Tage geradezu aus dem Nichts.

Knapp 2.700 Organisationen aus ca. 140 Ländern (Angaben schwankten zwischen 130 und 150) waren auf dem Weltsozialforum vom 16. bis 21. Januar 2004 in Mumbai vertreten. Die meisten TeilnehmerInnen kamen aus dem asiatischen Raum: Ca. 90 % waren aus Indien, aber auch aus Pakistan, Sri-Lanka, Bangladesh, Süd-Korea, Tibet und Japan waren viele angereist. Aus Europa kamen vor allem FranzösisInnen, Deutsche, NorwegerInnen und ItalienerInnen, aus Amerika vorwiegend US-AmerikanerInnen und BrasilianerInnen. Afrika war mit ca. 300 Delegierten erwartungsgemäß erneut kaum vertreten.

Indische Themen prägten das Weltsozialforum 2004

Bei der Organisation des Forums in Mumbai hatten sich die InderInnen zum Ziel gesetzt, aus den Erfahrungen von Porto Alegre 2003 zu lernen. So wollten sie vor allem einen reibungslosen Ablauf des Forums gewährleisten. Aber auch inhaltlich-thematisch weiteten sie das Forum aus: Insbesondere die indische Frauenbewegung und die Dalit-Bewegung (Kastenlose, vormals „Unberührbare“), aber auch andere in Indien stark

geächtete Gruppen wie Schwule und Lesben oder SexarbeiterInnen, prägten das Gesicht des diesjährigen Weltsozialforums. Neben den bereits bekannten Themen fanden damit Fragen des sozialen Ausschlusses und der Menschenwürde Eingang in die vieldiskutierten Themenbereiche. Besonderes Interesse bei den vielen Podiumsdiskussionen, Workshops und Seminaren galt darüber hinaus dem Welthandel, speziell der Auswertung der WTO-Konferenz in Cancún, Landrechten und Ernährungssicherung sowie den Kampagnen gegen gentechnisch veränderte Produkte und für das Recht auf freien Zugang zu Wasser.

Waren in Porto Alegre vor allem NGO-VertreterInnen und AktivistInnen, hatten in Indien offensichtlich viele Grassroots-Organisationen ihren Mitgliedern die Teilnahme ermöglicht. Dies prägte auch eine weitere Besonderheit des Forums: Auf den Gehwegen der Nesco Grounds ereignete sich eine tagelang nicht enden wollende Kette von Demonstrationen der unterschiedlichsten Gruppen, und das Gelände barst schier vor kulturellen Darbietungen und politischen Theaterstücken auf den verschiedenen aufgebauten Bühnen. Nur – jenseits der Nesco Grounds war von all dem nichts mehr zu spüren. Die Stadt verschluckte das Großereignis, das auch die indische Presse nur wenig wahrnahm.

Die Organisationsweise bestimmt das Bewusstsein

Zwar ist es auch diesmal nicht gelungen, die VeranstalterInnen mit ähnlichen Themen im Vorfeld zusammen zu führen. Doch Workshops und Seminare erfuhren in diesem Jahr eine deutliche Aufwertung. Das indische Organisationskomitee wollte hierdurch den Austausch unter den Teilnehmenden

stärker fördern. Wo die brasilianischen OrganisatorInnen auf dem letztjährigen WSF vor allem Megaveranstaltungen promovierten, während sie die selbstorganisierten Aktivitäten nicht einmal vollständig angekündigt hatten, räumten die indischen VeranstalterInnen den Workshops und Seminaren im Programmheft optisch den selben Raum ein wie den großen, vom WSF organisierten Plenarien. Auch alle Workshops und Seminare fanden zentral auf den Nesco Grounds statt, und das Programmheft war – anders als in Porto Alegre 2003 – diesmal rechtzeitig erhältlich. Auf diese Weise waren die selbstorganisierten Veranstaltungen viel mehr im Blickfeld der Teilnehmenden. Der Starkult, der im letzten Jahr so um sich gegriffen hatte, fiel in Mumbai auch deswegen wesentlich geringer aus. Vielleicht auch dies ein Grund für die in diesem Jahr noch lauter als sonst geäußerte Klage der Medien, das Weltsozialforum erziele keine messbaren Ergebnisse. Viele, kleine, selbstorganisierte Veranstaltungen sind natürlich in ihren Ergebnissen wesentlich weniger überschaubar als die großen Auftritte der Stars oder ein immer wieder gefordertes Manifest. Ob dies gleichzeitig weniger Ergebnis bedeutet, steht freilich auf einem ganz anderen Blatt.

Denn das Weltsozialforum soll in erster Linie den Raum für Organisationen und Bewegungen bieten, sich in selbstorganisierten Veranstaltungen zu vernetzen. Das politische Resultat des WSF besteht gerade in den diversen Aktionen und Netzwerken, die aus den Workshops entstehen. So z.B. das weltweite Netz von Gesundheitsinitiativen, von dem Andreas Wulf (medico international) sich einen Aufschwung der globalen Gesundheitsbewegung erhofft. Oder das Globale Netzwerk für Solidarwirtschaft, das auf dem Weltsozialforum sein Zertifikat

lancierte. In der Methode des „open space“ sehen auch die OrganisatorInnen des WSF das Herzstück des Weltsozialforums. Diesen offenen Raum zu unterstützen, ist in diesem Jahr durchaus gelungen.

Das Finanzielle ist politisch!

Als drittes wichtiges Ziel wollte man in Indien vorsichtiger an die Finanzierung des Weltsozialforums heran gehen als in Porto Alegre. Die Finanzierung des IV. Weltsozialforums basierte wesentlich stärker als die vorangegangenen Foren auf Teilnahmebeiträgen. Erstmals waren diese gestaffelt, und zwar nach dem jeweiligen Reichtum des Herkunftslandes, und trugen damit zumindest ein wenig den ungleichen ökonomischen Verhältnissen der TeilnehmerInnen Rechnung.

Den VeranstalterInnen war es wichtig, keine Unterstützung von unternehmenseigenen Stiftungen wie bspw. der Ford Foundation anzunehmen, die noch das WSF 2003 gesponsert hatte. Stiftungen von Unternehmen, die von der Globalisierung profitieren, sollten nicht die Möglichkeit haben, die Autonomie des Treffens zu beeinträchtigen oder sich ans Revers zu heften, eine globalisierungskritische Großveranstaltung zu unterstützen. Auch sollte das Forum diesmal unabhängig von (partei)politischen Organen sein, und von kriegsführenden Regierungsstellen (USA, Großbritannien) lehnten die OrganisatorInnen Unterstützung kategorisch ab. Finanzielle Beiträge durch NGOs, politische Stiftungen oder Hilfswerke hingegen waren willkommen.

Politische Kriterien galten auch für die Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Getränken auf dem Gelände. So blieb Pepsi, Coca Cola und großen Nahrungsmittelunternehmen der Weg auf das Gelände ver-

wehrt, und die OrganisatorInnen griffen für das gesamte Forum erfolgreich auf lokale, alternative NahrungsmittelversorgerInnen zurück.

Zusätzlich zu Spenden seiner Mitglieder erwirkte das indische Organisationskomitee finanzielle Unterstützung durch 16 Organisationen – allesamt allerdings aus der westlichen Welt – darunter vom EED und der Heinrich-Böll-Stiftung. Das Forum kostete etwa 2,9 Millionen US-Dollar (WSF von Porto Alegre 2003: 4 Mio US-\$), von denen bislang 2,6 Millionen gedeckt sind. Immerhin ein geringeres Defizit als im Vorjahr. Für die politisierte Herangehensweise an die Finanzierung des Weltsozialforums mussten die Teilnehmenden allerdings auch einen Nachteil in Kauf nehmen: Das hierdurch geringere Budget schlug sich vor allem auf die Übersetzungen nieder. Die Übersetzungen erfolgten, wenn überhaupt, konsekutiv. In den meisten Fällen war schlicht Englisch die Konferenzsprache, wodurch viele von der Teilnahme ausgeschlossen waren. Die Konsequenz und Beispielhaftigkeit, mit der das indische Komitee Globalisierungskritik in die Organisation des Großereignisses übersetzte, soll übrigens Schule machen: Für die Zukunft arbeitet die Finanzkommission des Internationalen Rates des WSF Kriterien für die Annahme von Mitteln aus.

Parallelveranstaltungen zum WSF

Meena Menon (Focus on the Global South, New Dehli) vom indischen Organisationskomitee hob hervor, die Organisation des WSF in Indien habe positiv auf die traditionell zersplitterte Landschaft der politischen Organisationen gewirkt. Der Prozess des Weltsozialforums habe mehr als 200 indische Organisationen zusammen geschweißt.

Doch ist diese Aussage wohl mit Vorsicht zu genießen: Unweit der Nesco Grounds fand während des Weltsozialforums die Parallelveranstaltung „Peoples Movement Encounter II“ statt. Indische Bauern- und Fischerorganisationen hatten bereits parallel zum indischen Sozialforum in Hyderabad Anfang Januar 2003 ein solches Encounter organisiert. Ebenso gab es gegenüber von Nesco Grounds das maoistisch geprägte „Mumbai Resistance 2004“, das sich ebenfalls vom WSF getrennt hatte. Die ParallelveranstalterInnen werfen dem WSF vor allem vor, durch westliche NGOs und Geldgeber dominiert zu sein und Arme durch hohe Teilnehmergebühren und die Dominanz des Englischen auszugrenzen. Ferner sei das WSF durch seine Offenheit verwässert und zu moderat, und bereite daher letztendlich dem Neoliberalismus den Boden.

Ein neues Paradigma in Sicht?

Das erste Weltsozialforum vermittelte mit seinem Slogan „Eine andere Welt ist möglich“ nach langer Zeit der Resignation in der weltweiten Linken erstmals wieder die Hoffnung, dass Alternativen zur gegenwärtigen neoliberalen Globalisierung bestehen und auch erkämpft werden können. Mit seinem offenen Ansatz ermöglichte es das Weltsozialforum, die mannigfaltigen Spaltungen zwischen den verschiedensten sozialen Bewegungen zu überwinden. Gemeinsame Handlungsansätze entstanden, und im letzten Jahr konnten hieraus erstmals sogar weltumspannende Aktivitäten geboren werden. So war der weltweite Aktionstag gegen den Irak-Krieg am 15. Februar 2003, an dem über 100 Millionen Menschen auf allen Kontinenten auf die Straßen gingen, ein Ergebnis des Europäischen Sozialforums 2002 und des Weltsozialforums 2003.

Nach dieser expansiven Entwicklung des Weltsozialforums innerhalb der letzten drei Jahre zeichneten sich bereits im letzten Jahr in Porto Alegre die Grenzen eines solchen Prozesses ab. Und so herrschte diesmal das Bedürfnis nach einem kritischen Rückblick und einer Evaluierung des Bisherigen im Hinblick auf qualitative Veränderungen vor.

Auf immer mehr Kritik stößt die mangelnde Transparenz des Internationalen Rates des Weltsozialforums. Bisher gibt es kein Verfahren, das es ermöglicht, Vorschläge, bspw. aus einzelnen Ländern, in den Internationalen Rat einzubringen. Informationen über die Agenda des Rates sind nur schwer zugänglich. Die Zusammensetzung des Rates folgt keinen Kriterien, sondern er besteht im wesentlichen aus denjenigen, die von Anfang an dabei waren, und hat damit eine stark westliche, genauer gesagt, brasilianisch-französische Schlagseite.

Eine weitere wichtige Diskussion betrifft die Methode des Weltsozialforums. So kritisierte Bernard Cassen (Le monde diplomatique und Attac-France), das Forum beginne sich im Kreise zu drehen. Es müsse ein neues Paradigma definieren, das in klarer Abgrenzung zur neoliberalen Globalisierung stehe, um Beliebigkeit zu vermeiden. Gleichzeitig aber müsse es die Verschiedenheit der Themen und Ansätze sichern, d.h. es darf keine allzu eingrenzenden Vorgaben machen. Es fiel der Begriff „Konsens von Porto Alegre“ im Gegensatz zum Washington Consensus.

Immanuel Wallerstein von der Yale University (USA) konstatierte eine „starke Spannung zwischen dem Konzept des ‚open space‘ und der Sehnsucht nach politischer Wirkung“.

Auch andere Mitglieder des Internationalen Rates teilen dieses Unbehagen. „Unsere Herausforderung ist es, das WSF zu einem Akteur mit politischer Schlagkraft zu machen“, drückte einer der Gründer des WSF, Cândido Grzybowski (iBase, Brasilien), die allgemeine Stimmung aus. Boaventura de Souza Santos (Universität von Coímbra, Portugal) schlug für die Zukunft jeweils ein WSF-Referendum unter den Teilnehmenden über verschiedene Aktionen vor, die das WSF dann anstoßen könne. Und Christophe Aguiton (Attac-France) stellte fest: „Wir haben eine Kultur internationaler Solidarität entwickelt, aber uns fehlt es immer noch an Strategien, Kampagnenthemen und Handwerkszeug, um eine andere Welt möglich zu machen“.

Im Großen, ja. Im Kleinen passiert dies längst. Doch besteht der allgemeine Wunsch im Internationalen Rat des WSF und auch von Seiten vieler Teilnehmender, das WSF zukünftig besser und systematischer als Ort zu nutzen, an dem Vereinbarungen für weltweite Aktionen getroffen werden. Dafür soll die Methodologiekommission des Internationalen Rates bis zur nächsten Sitzung im April ein Konzept erarbeiten. Eine Hierarchisierung durch politische Vorgaben aber soll hierbei ausgeschlossen werden, ebenso sollen die selbstorganisierten Aktivitäten und der „open space“ weiterhin das Herz des Weltsozialforums bilden. In diesem Zusammenhang hat die Kommission auch die Aufgabe, die großen Konferenzen zu überdenken, in denen es trotz allem noch sehr um die Selbstdarstellung Einzelner geht.

Größere Aktionen und zukünftige Weltsozialforen

Unzählige Aktivitäten haben die Organisationen auf den verschiedenen Workshops und

Seminaren vereinbart. Als Aktion von größerer Reichweite mobilisieren die Bewegungen zum 20. März 2004, dem Jahrestag des Kriegsbeginns gegen den Irak, als Internationalen Aktionstag gegen die Besetzung des Irak. Den Vorschlag von Arundathi Roy, zwei Konzerne „dicht zu machen“, die vom Irak-Krieg profitieren, griffen sie zwar nicht direkt auf. Doch schälte sich auf dem Weltsozialforum die Coca-Cola-Boycott-Kampagne der indischen und kolumbianischen Sozialen Bewegungen als konkrete Aktion heraus. In Kolumbien ist Coca-Cola in Menschenrechtsverletzungen an GewerkschafterInnen der Lebensmittelgewerkschaft SINALTRAINAL involviert, während der Wasserverbrauch von Coca-Cola im südindischen Kerala die Wasserversorgung der ansässigen Bevölkerung untergräbt. Für den 2. / 3. April 2004 verabredeten europäische Gewerkschaften und soziale Bewegungen bereits auf dem Europäischen Sozialforum im November 2003 einen Aktionstag für ein soziales Europa, den sie auf dem WSF 2004 noch einmal bestätigten. Die Bewegungen riefen darüber hinaus auch zur Massenmobilisierung am 8. März, dem Internationalen Frauentag, und am 17. April, dem Internationalen Tag der Bauernkämpfe, sowie zur nächsten WTO-Ministerkonferenz nach Hongkong auf.

Die Diskussion innerhalb des Internationalen Rates, das Weltsozialforum zukünftig eher in zweijährigen Rhythmen im Wechsel mit kontinentalen Sozialforen stattfinden zu lassen, ist noch nicht abgeschlossen. Das nächste Weltsozialforum wird 2005 wieder zeitgleich mit dem Weltwirtschaftsforum stattfinden, und zwar erneut in Porto Alegre. Etliche Mitglieder des Internationalen Rates setzen sich dafür ein, das übernächste Weltsozialforum 2006 nach Afrika zu verlegen – allerdings sind die wenigen afrikanischen

Delegierten im Internationalen Rat angesichts schwacher afrikanischer sozialer Bewegungen und repressiver Regierungen in vielen afrikanischen Ländern von dieser Idee nicht recht überzeugt.

KoBra - Kooperation Brasilien e.V.
Habsburgerstr. 9, 79104 Freiburg i. Br.,
tel 0761- 600 69 26, fax 0761 - 600 69
28 Kobra-mail@t-online.de
www.kobra.wdss.de

The World Social Forum 4 in Mumbai

Dr. Rogate R. Mshana (World Council of Churches Geneva)

The fourth World Social Forum is estimated to have attracted 130,000 people represented by 2.660 organisations from 132 countries. There were more than 1000 seminars and conferences. This social Forum was coloured by unending demonstrations of mainly community-based movements from India. It took place in the midst of extreme poverty living side by side with extreme richness. Mumbai that combines tradition and modernity was the right place for this forum. The main difference from other WSF forums was that, this one had a lot of people's movements from the grassroots and issues that were broadened to include the caste system, (religious) fundamentalism and patriarchy.

A Blue Print For Building Another World: Was it available after WSF 4?

What did this WSF 4 achieve? This is one of the most frequent questions asked by journalists. In other words, did this WSF, which was focused on alternatives, produce an alternative to the neo-liberal corporate globalisation? This question is still difficult to respond because it assumes the WSF is like an organisation that produces a unified response. This is not the case. The following

was the expectation of the organisers of the WSF.

All anti-neo-liberal globalisation and proponents of alternative world were invited to share their critiques, clarity and way forward in the search for another world. The hosting India Social Forum General Council with 200 organisations mention in the program background thus, "The 4th international gathering of the 2004 World Social Forum in Mumbai India, is a dialogue to formulate a blue print for building another world- a plural, just responsible and shared world which accords equal dignity and rights to all its people. It will focus on the impact of neo-liberal globalisation and its processes-which are creating a small "global over-class" and a vast increasingly vulnerable under-class in every country." The program was focused on seeking to draw out people's perceptions regarding the impact of neo-liberal economic policies on their daily lives. The WSF took an opposition format. The themes covered included: Imperialist Globalisation, Patriarchy, Customs, Racism and Social Exclusions, Communalism, Identity Politics, Religious Sectarianism, Militarism and Peace.

The Intercontinental Youth Camp had the following areas of focus:

Aktuelles

- Unemployment
- Education
- Dalit movements
- Gender and patriarchy
- War and Religious sectarianism

The Forum had 12 conferences, panels, roundtables, testimonials and 300 seminars and workshops that took place every day. The Cultural program was throughout the day with theatre, music, films and street plays performed simultaneously at the 13 different locations at the venue. The Inter-continental Youth Camp attracted many participants who deliberated on the issues from the perspective of the Youth. 200 speakers were heard and participants in various conferences and seminars had opportunities to speak.

It was reiterated that the World Social Forum is not an organisation but a platform for different organisations. “It is an open meeting place for reflective thinking, democratic debate of ideas, formulation of proposals, free exchange of experiences and interlinking for effective action, by groups and movements of civil society that are opposed to neo-liberalism and to domination of the world by capital and any form of imperialism and are committed to building a planetary society directed towards fruitful relationships among Mankind and between it and the Earth.” (Article 1 of the World Social Forum principles). Article 6 states that the meetings of the World Social Forum do not deliberate on behalf of the World Social Forum as a body. At the World Social Forum International Council, there is now on going debate on how to make the WSF really be a platform for workable alternatives.

The World Social Forum 4 did not really move away from critiques of the neo-liberal globalisation to alternatives and did not move close to the blue print that was envisaged. The organisers expected that this forum would have come up with vibrant dreams and, concrete action plans for another world. To a large extent these dreams were mentioned in many of the seminars and workshops ranging from pragmatic proposals for improving the neo-liberal paradigm and outright replacing this paradigm with another. In other words, a number of seminars discussed how the third option between socialist and capitalist globalisation could be developed. Several seminars were more technical concentrating on how the world could be solved by a full enforcement of economic, social and cultural rights. Yet others saw the world from a pure technological perspective and proposed various ways of sustaining the world by applying renewable energy technology (Using more rickshaws). Those without land proposed a world of land sharing and fishermen demanded the right and a place to fish. Workers wanted a world of jobs and homeless people wanted homes. Farmers wanted fair prices to their products and fought against transitional Corporations. Debt cancellation activists demanded for a debt free world. The Peter-Hesse Foundation also said the way business is run in the world, cannot spare our world from destruction, social disintegration and continuous injustice and he proposed as an alternative: “An Eco-Social Model that could be implemented through a reformed UN.” The Ecumenical Movement proposed a world where spirituality of life and Human dignity become guiding norms for the world.

The World Social Forum provided a space for the Dalit Activists and organisations

from many parts of the country and the world to come together and share their concerns and visions and to draw concrete plans for the future Dalit movement. It has also proved to be helpful in building networks on various specific issues.

During forum it also highlighted once again the fact of nearly 260 million people around the world living under dehumanising conditions which included gross human rights violations on a daily basis on account of discrimination based on work and descent. These are denied of their economic, social, cultural, civil and political rights. Of these nearly 200 million Dalits live in India. They demanded their rights.

So all these proposals had no point of convergence but rather remained separate proposals for alternatives by various organisations that participated. So in a way, it can be concluded that only participating groups had "Blue Prints" for alternatives.

The main challenge that faces the WSF is how these alternatives can be co-ordinated for a global agenda. Is it essential? Will an attempt to co-ordinate these proposals kill the spirit of the WSF? If things are left as they are, will the World Social Forum be irrelevant? Another forum called Mumbai Resistance was held parallel to the World Social Forum criticising the WSF as an instrument of imperialism. They did not want to be part of the space offered by the WSF. These questions will be dealt with by the thematic and methodology commissions of the WSF beginning with the next meeting International Council meeting planned for April 5-7 2004 in Italy.

The Ecumenical Presence

This time there was a very impressive ecumenical presence at the World Social Fo-

rum. It is hoped in the next World Social Forum related agencies will also join the ecumenical coalition at the Forum both at events level and at evaluation sessions of the forum.

Most of the ecumenical seminars at the WSF were well attended and very constructive proposals were given for further work and networking. Joint seminars were very helpful because it enabled participants to hear various perspectives from a variety of groups. The Interfaith approach was excellent and attracted a lot of interest.

The World Council of churches organised 4 seminars and one joint one with the Lutheran World Federation, Christian Aid and The Ecumenical Advocacy Alliance. The Seminars focussed on Spirituality of Life and Human Dignity: Religious Resources To Overcome violence; Linking Ecological Debt and Trade; Building an Alternative World: Affirming the Dignity of Children; Spirituality of Life and Human Dignity: Youth Creating Alternatives to Globalisation, and Women Promoting Just Trade: Interfaith perspectives.

Women Promoting Just Trade: Interfaith perspectives

Women's roles in a globalized world, the subject of a seminar at the Mumbai World Social Forum, drew a sizeable crowd, mainly women. The 20 January seminar was organised by the World Council of Churches (WCC) with the World Young Women's Christian Association and Church World Service. Coming down heavily on uncaring treatment of women, the speakers also suggested ways to improve their plight. Women panellists from India, Pakistan, Thailand and Uganda discussed the impact in their countries of trade liberalisation on women.

Whether it is a garments industry worker in a sweatshop in India, a migrant woman working in a shrimp processing factory in Pakistan, a sex worker in Thailand or a cotton picker in Uganda, the experience of poor women with trade liberalisation has been similar everywhere in the South.

As a result of trade liberalisation, women's underpaid and unpaid - caring or domestic - labour is exploitive, and women's access to basic needs like food, shelter, education and health is eroded. Moreover, the panellists emphasised, economic globalisation - as manifested in trade liberalisation - cannot be considered separately from patriarchy.

According to Vibhuti Patel, a reader at Bombay University, there are no short-term solutions. "Survival has become the issue, and women have to do a round-the-clock job to sustain themselves and their families," she said.

Discussing the relationship between the formal and the informal economy, Patel explained that in India, 96% of urban and rural poor women work in the informal sector, which has a high degree of labour redundancy and obsolescence. These women have little control over their work, which is temporary, routine and monotonous, and no chance for upward mobility.

Azra Sayeed from Roots for Equity at the University of Karachi, Pakistan, described the plight of Bangladeshi migrant women in Pakistan, who are harassed physically, economically and mentally. "I tell you that in any rural area in Pakistan, a simple task like washing clothes becomes an enormous effort," she said.

For Sayeed, "Economic globalization is nothing but capitalism," to which Pakistan has fallen prey. "We have dropped a food economy and, instead, adopted a cash crop economy," she reported. Further, "The violence that women face every day makes the

September 11 attack pale in comparison. We have failed to adequately address this violence, and that is the reason it is still prevalent," she said.

Vibhuti Patel pointed out that in India, scarcity of fuel, water and food grains as a result of commercialisation has taken a heavy toll on women's health. Urban poor women have to take two or three jobs to supplement their income to meet their families' basic survival needs. The burgeoning sex trade has made two million sex workers potential carriers of HIV, STDs, and AIDS.

WCC consultant on women and economy Athena Peralta from the Philippines, who co-ordinated the panel, said that under the weight of poverty and material needs, women's rights are being totally neglected.

"Because of economic globalisation, women all across the globe are being deprived of food, shelter, education, health and dignified employment. If globalisation has affected a 'sector', then it is women," Peralta said.

Lapapan Supamanta from the Thailand-based International Network of Engaged Buddhists pointed out that Buddhism forbids five trades: weapons, slaughterhouses, trading humans, alcohol and poison. "But all five are profit-making, and globalisation has put an end to this Buddhist philosophy," she reported.

And noting, "In Africa, all the agricultural work is done by women," Uganda-based Elizabeth Eilor put the onus for the worsening conditions of Africa's women on trade. "They produce for the markets of Europe and the US. But their wages bear no relation to the prices at which their produce is sold on those markets," she said. Moving beyond analysis of the current situation, the panellists brought proposals for a wide range of strategies and interventions at different levels, including organic farming, promotion and implementation of labour

Aktuelles

standards, disengagement from the World Trade Organisation, and strengthening of social movements at local, national and global levels.

Women have resisted and challenged corporate forces that threaten their land, livelihood and communities. "We aim to work for transformation by building networks of women," Peralta said.

The importance of spirituality, of ethics, of values – whatever the faith – was also emphasised. These, the panellists said, should

be the driving force for much-needed changes in the global trading system. Information and photos on the activities of the World Council of Churches at the WSF in are available on our website: <http://www.wcc-coe.org/wcc/what/jpc/wsf-2004-e.html> (in English)

Dr. Rogate R. Mshana WCC, 150
Route de Ferney, CH-1211 Geneva, tel
+42 22 791 6031, fax +42 22 791 6409
rrm@wcc-coe.org www.wcc-coe.org

Interview mit dem deutschen Botschafter Dr. Enno Barker

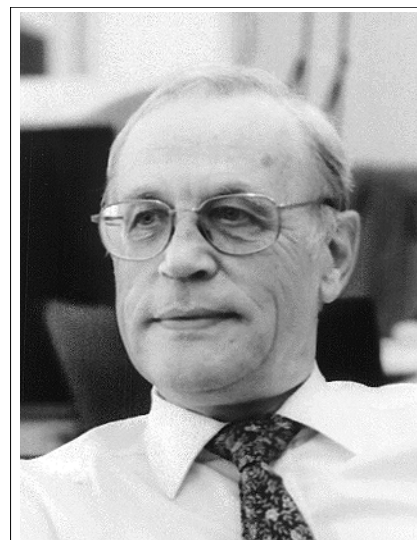
Dr. Constanze und Dietmar Chudaska (Dar es Salaam)

Seine Exzellenz, so die offizielle Anrede, Dr. Enno Barker, ist der Deutsche Botschafter in Tanzania. Nach dem Abschluss zweier Studiengänge (zunächst Russisch, Englisch und Volkswirtschaft, danach Politikwissenschaft, osteuropäische Geschichte und Völkerrecht, Promotion in politischer Wissenschaft) ist er seit fast 35 Jahren im auswärtigen Dienst. Dort war er, von regelmäßigen Einsätzen in Deutschland einmal abgesehen, in Moskau, Jakarta, Washington, erneut in Moskau und jetzt Daressalaam tätig.

Was macht ein Botschafter?

Der Botschafter ist der Mund seiner Regierung im Gastland, durch den die Vertreter des Gastlandes die Ansichten und Meinungen der eigenen Regierung erfahren. Gleichzeitig ist er auch Ohr: Er berichtet der Bundesregierung über Geschehnisse im Land und unterrichtet seine eigenen Leute.

Daneben hat er die triviale Aufgabe, dass er auch Leiter einer Behörde ist. Ich stehe an der Spitze eines Teams von ca. 20 Personen. Und schließlich hat das Amt auch noch einen Repräsentationscharakter.



Aktuelles

In dieser repräsentativen Eigenschaft haben Sie im September 2003 den tansanischen Präsidenten Benjamin Mkapa auf seinem fünftägigen Staatsbesuch in Deutschland begleitet. Wie war das?

Der Präsident hatte ein hochrangiges Programm in Berlin und Hamburg. Er hat mit dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler, dem Bundestagspräsidenten, dem Bundesratspräsidenten und anderen Spitzenpolitikern gesprochen und dabei ausführlich die deutschen Positionen zu aktuellen Fragen erfahren und umgekehrt seinen deutschen Gesprächspartnern die tansanische Lage und die tansanische Politik vermitteln können. Ein Staatsbesuch als höchste Kategorie der Einladungen, die wir aussprechen, ist als Würdigung für ausländische Staatsechefs und ihren Kurs gedacht. Das hat Präsident Mkapa verstanden und ist tief befriedigt wieder abgeflogen. Entgegen landläufiger Meinung stehen am Ende eines Staatsbesuchs normalerweise keine Abkommen, die unterzeichnet werden. Auch dieser Besuch hat also keine Dokumente hervorgebracht. Aber das, was öffentlich dabei gesagt worden ist in Reden und Pressekonferenzen, hat das sehr gute deutsch-tansanische Verhältnis unterstrichen.

Seit gut vier Jahren sind Sie hier. Was hat sich aus Ihrer Perspektive seither bewegt?

Es hat sich, glaube ich, eine ganze Menge bewegt. Es hat eine zusätzliche Einübung in Mehrparteiendemokratien gegeben, durch die Wahlen im Jahr 2000. Wir sollten nicht vergessen, dass in diesem Lande überhaupt erst 1992 die Existenz weiterer Parteien neben der einen zulässig geworden ist. Und dass es 1995 zum ersten Mal eine Wahl gegeben hatte, bei der die Wähler nicht nur Ja oder Nein ankreuzen konnten. Wir dürfen nicht unterschätzen, dass das für die Bevölkerung sehr gewöhnungsbedürftig ist. Selbst noch 2000 haben es die Leute als mit ihrer Kultur nicht unbedingt übereinstimmend betrachtet, dass sie über Politiker den Daumen senken sollten, indem sie ihr Kreuz eben nicht dorthin setzten. Aber dies ist eine Übung, die der Demokratisierung des Landes dient. Ich empfand auch als eine ausgesprochen positive Entwicklung, dass es die Regierungspartei CCM und die Oppositionspartei CUF nach einer Periode der heftigen Konfrontation tatsächlich geschafft haben, sich auf eine Art Burgfrieden und eine punktuelle Zusammenarbeit zu einigen, die das innenpolitische Klima dieses Landes wesentlich beruhigt hat. Dass dies möglich geworden ist, ist für mich ein Zeichen zunehmender Pluralisierung und Demokratisierung.

Im Blick auf die Wirtschaft erleben wir in Tansania eine Entwicklung, die richtig angelegt ist. Das klingt etwas merkwürdig bei einem der ärmsten Länder der Welt. Richtig angelegt insofern, als das Wirtschaftswachstum seit Jahren sehr stabil bei 4 bis 5 % des Bruttosozialproduktes liegt. Und dass die Inflationsrate sehr konsequent heruntergedrückt worden ist, von über 20% auf jetzt zwischen 4 und 4,5%.

Allerdings wird das Ganze leider durch zwei Faktoren beinahe wieder zunichte gemacht, und das ist die Tragik dieses Landes. Das eine ist das Bevölkerungswachstum. Volkswirtschaftlich ist das eine Milchmädchenrechnung: wenn Sie ein Wirtschaftswachstum von 4,5% haben, aber auf der anderen Seite ein Bevölkerungswachstum von 2,9%, dann haben Sie unter dem Strich nur ein Wachstum von 1,6%. Der zweite Faktor, der der positiven Entwicklung entgegenwirkt, ist die Korruption, die leider ein weitverbreitetes Übel ist, über das viel gesprochen wird, aber gegen das kaum einer ernsthaft etwas tut. Je länger ich hier bin, desto mehr neige ich dazu anzu-

nehmen, dass es die afrikanischen kulturellen Verhaltensnormen eigentlich nicht zulassen, konsequent gegen Korruption vorzugehen. Es ist unter afrikanischen Bedingungen ein Tabu, Leute zu exponieren. Das müsste man aber, wenn man jemanden der Korruption überführt. Es ist nicht Bestandteil der afrikanischen sozialen Vorstellungen, dass man zu einer Behörde geht und sagt: ich bin ein Bürger, habe Rechte und verlange, dass die Behörde dies und jenes für mich tut. Sondern der Bürger geht zu einer Behörde mit einem gebeugten Rücken und als Bittsteller. Wenn das die Ausgangssituation ist, dann ist er natürlich sehr damit einverstanden, wenn der Beamte sagt: Das kostet aber etwas. Das heißt, es gibt da kulturelle Faktoren, die einer konsequenten Bekämpfung der Korruption im Wege stehen. Ich will damit nichts rechtfertigen – ganz im Gegenteil. Ich gehöre zu denjenigen, die bei Gesprächen mit tansanischen Politikern immer wieder sagen: ihr müsst im Interesse eures eigenen Landes und seiner Bürger mehr dagegen tun. Aber ich kann auch verstehen, wieso es schwierig ist.

Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Initiative zur Entschuldung?

Auf Grund der Absichtserklärung auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Köln 1999, angeregt durch das sehr starke Engagement der deutschen Kirchen für einen Schuldenerlass, haben etliche Regierungen bilaterale Schulden erlassen, unter ihnen die Bundesregierung. Im Frühjahr 2002 habe ich mit dem tansanischen Finanzminister ein Schuldenerlassabkommen unterschrieben, bei dem es um 22,5 Millionen € ging. Ich habe im April 2003 einen Schuldenerlass über weitere 52 Millionen € unterzeichnet, der deshalb etwas hinterherkam, weil es dabei auch darum ging, Gläubiger aus der Wirtschaft dazu zu bewegen, auf ihre Außenstände zu verzichten. Noch viel wichtiger ist der multilaterale Schuldenerlass, weil die Beträge, die ein Land wie Tansania der Weltbank, dem internationalen Währungsfonds schuldet in Gestalt von angenommenen Krediten, weit höher waren. Die Weltbank und der Währungsfonds haben ein kompliziertes Verfahren in Gang gesetzt, für das sich stark verschuldete Länder qualifizieren konnten, beispielsweise durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik. Das war ein Reflex auf den Einwand, wenn man es hochverschuldeten Ländern zu einfach macht, indem man einfach mit einem Federstrich ihre Schulden ausstreicht, dann entsteht natürlich für sie die Versuchung, auch in Zukunft munter Schulden zu machen, im Vertrauen darauf, dass sie auch wieder erlassen werden.

Deshalb mussten die verschuldeten Länder deutlich machen, welche Art von Wirtschaftspolitik sie fahren wollen, welchen Bevölkerungsgruppen die erlassenen Gelder bzw. die ersparten Zinszahlungen zugute kommen sollen, etc. Tansania hat sich dabei als viertes Land weltweit und – glaube ich – als zweites afrikanisches Land nach Mosambik qualifiziert. Das bedeutet jetzt schon eine spürbare Entlastung des tansanischen Haushaltes um die Zinszahlungen, die jetzt nicht mehr erforderlich sind. Und es ist die Rolle der Geber, ein Auge darauf zu haben, dass Tansania seinen Verpflichtungen gerecht wird und die ersparten Beträge tatsächlich in relevante Bereiche investiert. Mit anderen Worten: keine Prestigeanschaffungen, wie etwa das Radarsystem am Flughafen. Sondern z.B. verstärkte Investitionen in den Primärschulbereich, wo es wirklich sehr hapert, wo es Klassen mit über 100 SchülerInnen gibt, die noch nicht mal einen Sitzplatz haben, und wo Schulbücher fehlen. Oder Investitionen im Gesundheitsbereich.

Dennoch sind 40% des tansanischen Haushaltes immer noch fremdfinanziert.

Aktuelles

Natürlich ist die Geberabhängigkeit zu hoch. Das hat auch damit zu tun, dass Tansania nicht konsequent genug ist bei der Eintreibung von Steuern. Die Steuereintreibquote liegt bei 30-40%. Die Tansanier könnten mehr einnehmen, ohne die Steuerschraube anzuziehen, sie bräuchten nur die Steuern, die es bereits gibt, konsequenter einzutreiben.

Wo hat die BRD in Tansania augenblicklich ihr Hauptengagement?

Ganz eindeutig im Bereich der Entwicklungspolitik, gar keine Frage

Sprich Demokratisierung?

Nein, wir haben uns abgewöhnt, als Missionare der Demokratie durch die Welt zu ziehen. Es hat keinen Zweck, einem Land politischen Pluralismus zu predigen, in dem die Leute dringendere Sorgen haben, weil sie am Existenzminimum oder darunter leben. D.h. es hat Priorität, den Lebensstandard in diesem Land zu heben. Wobei wir der Überzeugung sind, dass ein Land, das nicht jeden Tag vor existenziellen Problemen steht, auch weniger radikalierbar ist und eher zu einer Demokratisierung neigt. Insofern ist es eine indirekte Demokratisierungsbemühung, wenn wir sagen, wir versuchen, diesem Land wirtschaftlich auf die Beine zu helfen.

Welche sind die größten Projekte in Tansania?

Wir haben Anfang 2003 das Programm für 2003-2005 unterzeichnet, über eine Gesamtsumme von ca. 80 Millionen € für drei Jahre. Das ist das, was als Entwicklungshilfe von der Bundesregierung kommt. Dazu kommt die Unterstützung durch die EU-Entwicklungspolitik, die ein Fünf- oder Mehrfaches dieser Summe ausmacht. Etwa 25% davon wird vom deutschen Steuerzahler aufgebracht.

Sachliche Schwerpunkte: wir haben schon vor Jahren einvernehmlich mit der tansanischen Regierung beschlossen, dass wir Schwerpunkte definieren und an den tansanischen Prioritäten ausrichten. Gleichzeitig fragen wir, welcher Bereich von anderen bereits abgedeckt ist. Die drei Bereiche, die wir herausgearbeitet haben sind: Erstens Gesundheit, was unmittelbar einsichtig ist, (u.a. eine umfangreiche HIV/AIDS Kampagne). Zweitens Wasser, drittens Ressource Management. Dazu gehört beispielsweise, dass wir versuchen, die tansanische Regierung im Tourismussektor dahingehend zu beraten: wie man Tourismus als nachhaltige Einnahmequelle so gestalten kann, dass die Natur nicht ruiniert wird.

Das bedeutet natürlich, dass andere Bereiche, in denen es ebenfalls einen großen Bedarf gibt, nicht abgedeckt werden. Wir sind praktisch im gesamten Bereich des Bildungswesens nicht tätig. Aber wir haben uns vergewissert, dass andere in diesen Bereichen tätig sind, etwa die Skandinavier im Erziehungsbereich oder Japan im Straßenbau. Deshalb können wir uns auch diese Schwerpunktsetzung leisten.

Sie waren als Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes auch in Asien, in Indonesien. Beide Regionen werden im Entwicklungshilfebereich gerne miteinander verglichen. Obwohl Afrika und Asien erhebliche Mittel erhalten haben, hat sich Asien viel schneller entwickelt und verändert. Wo sehen Sie die Ursachen?

Aktuelles

Ich habe Schwierigkeiten, auf die Frage mit den populär psychologischen Klischees zu antworten wie: die Asianten sind halt fleißig und die Afrikaner faul. Sicherlich sollte man die asiatischen und die afrikanischen Länder nicht über einen Kamm scheren. Es gib in Schwarzafrika auch Länder, die durchaus eine Erfolgsgeschichte geschrieben haben: Botswana z.B. oder Ghana, was bisher kaum registriert worden ist. Es gibt auf der anderen Seite auch in Asien bitter arme Länder – Bangladesch beispielsweise. Ich will konkret Indonesien mit Tansania vergleichen. Trotz der vielen Parallelen gibt es einen Unterschied, der sofort ins Auge ins springt: Indonesien ist viel reicher mit Rohstoffen wie Erdöl, Erdgas, Gold, Zinn und Kupfer gesegnet als Tansania

Aber auch Tansania hat Gold, hat Edelsteine...

Das ist zwar richtig, aber die Tansanier können mit ihren Einnahmen aus dem Goldbergbau und dem Edelsteinabbau nur knapp 10% der Einnahmen des Staatshaushaltes finanzieren. Indonesien kann da mit ganz anderen Zahlen aus dem Verkauf von Erdgas und Erdöl aufwarten. Kurzum: Indonesien hatte die weitaus besseren Startvoraussetzungen als Tansania.

In Daressalaam sind Sie Mitglied der Deutschsprachigen Gemeinde. Was bedeutet Kirche für Sie?

Mein Vater stammt aus einer Familie, die seit Generationen zur Herrnhuter Brüdergemeine gehörte. Meine Mutter nicht, sie ist dann bei meiner Taufe dort aufgenommen worden. Ich bin ganz schlicht dort hineingeboren worden. Was bedeutet es für mich? Es bedeutet für mich eine Kirche zum Anfassen, eine sehr persönlich vertretene Kirche. Die Herrnhuter waren ja sehr lange Zeit so organisiert, dass sie die sogenannten Ortsgemeinden hatte. Mit anderen Worten: die Mitglieder erlebten als Dorf oder Stadt kirchliche Gemeinschaft. Ich bin z.B. einen Teil meiner Kindheit in Bad Boll aufgewachsen, eine dieser Siedlungen, und in eine Zinzendorfschule an der Nordsee bei Wilhelmshaven gegangen. Es hat mir also immer etwas persönliches und Vertrautes bedeutet. Es ist auch jetzt so, dass ich mich nicht abstrakt einer Kirche zugehörig fühle, sondern einer bestimmten. Nämlich der in Neuwied aufgrund ihrer Nähe zu Bonn.

Welche Rolle spielt Religion im auswärtigen Dienst?

Ich glaube nicht, dass Religion in unserem Alltag eine Rolle spielt. Ich glaube, dass es auch in der Vergangenheit eine sehr geringe Rolle gespielt hat, wie sich religiöse Überzeugungen zu außenpolitischen Prinzipien verhalten. Ich glaube, dass wir jetzt anfangen, uns mit der Frage zu beschäftigen, ob es eine Wechselwirkung gibt zwischen außenpolitischen Grundsätzen und religiösen Überzeugungen. Und die ist angestoßen durch die Erkenntnis, dass der Islam eine religiöse Bewegung ist, mit der wir uns viel zu wenig auseinandergesetzt haben. Das rückt dann natürlich auch das Christentum in den Blick. Was sagt uns Christentum heute, haben wir gegenüber anderen Ländern einen Christianisierungsauftrag? Ich würde sagen nein, denn das riecht nach Kreuzzug. Aber als Christen haben wir selbstverständlich einen Auftrag. Wie setzen wir uns mit anderen Religionen auseinander? Das hat natürlich auch außenpolitische Bezüge, weil es eine ganze Reihe von Staaten in dieser Welt gibt, die den Islam ganz bewusst als Staatsreligion

Aktuelles

gion vor sich hertragen und ihre Politik aus Grundsätzen des Islam ableiten. In dem Maße, in dem das der Fall ist, müssen wir uns natürlich mit Religion als dem Referenzwert für politisches Handeln auseinandersetzen.

Und das auch in Tansania, wo Christen und Muslime recht friedlich miteinander auskommen?

Ja, Tansania ist ein gutes Beispiel für die sehr tolerante Koexistenz von Religionen. Es gibt nur ein kleines Potential an religiösen Eiferern, und zwar, glaube ich, stärker auf islamischer als auf christlicher Seite, das geeignet ist, dieses tolerante Zusammenleben zu gefährden.

Was wünschen Sie sich für Tansania für die Zukunft?

Ich wünsche mir, dass die wirtschaftliche Entwicklung weitergeht in die Richtung, in die sie seit Jahren gesteuert wird. Ich wünsche mir, dass es 2005 saubere Wahlen und einen harmonischen Wechsel im Amt des Präsidenten gibt. Ich wünsche mir, dass Tansania weiterhin die Kraft aufbringt, sich nicht nur von den vielen regionalen afrikanischen Konflikten nicht anstecken zu lassen, sondern darüber hinaus als Vermittler Initiative zu ergreifen. Ich wünsche mir, dass all das, was an Entwicklungsleistungen von außen und auch an eigenen Anstrengungen des Landes geschieht, stärker als bisher den Bürgern zugute kommt.

Herr Botschafter, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Dr. Enno Barker Deutsche Botschaft Dar es Salaam P.O. Box: 9541 Dar es Salaam tel 00255-22-2117409-15 fax 00255-22-2112944 german.emb.dar@raha.com www.german-embassy-daressalaam.de
--

Besuch in der neuen Botschaft Tansanias in Berlin

Johannes Paehl(Kreuztal)

In einer ruhigen Stadtviellengegend Berlins, in der Eschenallee unweit des Messegeländes, findet man jetzt die tansanische Botschaft in Berlin. So ruhig wie die Gegend begegnete uns auch das Leben in dem für eine Botschaftsresidenz eher schlichten Haus. Das entspricht sicher auch dem finanziellen Spielraum, den sich Tansania für die Auslandsvertretungen leisten kann und will.

Das ehemalige Botschaftsdomizil in Bad Godesberg wirkte gewichtiger. Um so herzlicher wurden wir, Konni Freier, Johannes Paehl und Helmut Scholten, als Vertreterin und Vertreter des TANZANIA-NETWORK.de von einer akzentfrei Deutsch sprechenden Frau liberianischer Herkunft empfangen, die über uns als mit den anderen in der Botschaft Tätigen in Kisuaheli Redenden nur ungläubig staunte,

HABARI 1 / 2004

Aktuelles

weil sie es nicht verstand. Ein Hauch von multikultureller Atmosphäre!

Wir wurden dann von Frau N. Mdoe willkommen geheißen, der „Minister Plenipotentiary“, also der Bevollmächtigten oder, wie sie sich selbst nannte, der „Nummer Zwei“. Der Botschafter, H.E. Mr. Ali Abeid Aman Karume, hielt sich gerade in Tanzania auf.

Im Mittelpunkt des Kontaktbesuches stand ein Austausch über die Aktivitäten und Angebote unseres Netzwerkes sowie auf der anderen Seite über die Tätigkeiten der Botschaft. Verschiedene Aspekte der Lebensbedingungen, besonders im ländlichen Raum in Tanzania, wurden thematisiert. Der sparsamen finanziellen Ausstattung der Botschaft ist es zuzuschreiben, dass es keinen Beauftragten für Wirtschaftsfragen gibt, was im Hinblick auf die Exportbestrebungen Tansanias sicherlich notwendig wäre. Das

gilt in gleicher Weise für andere Bereiche wie z.B. Kultur.

Neben dem Botschafter ist, wie uns gesagt wurde, Frau Karume bereit und sehr interessiert, zu Tanzania-relevanten Tagungen und Seminaren oder Sponsoren-Veranstaltungen eingeladen zu werden. Wahrscheinlich ist sie von der Zeit her eher in der Lage, derartige Einladungen anzunehmen.

Für uns Drei war es ein Besuch in angemessener Bescheidenheit, aber von menschlicher Wärme und Herzlichkeit – so wie wir Tanzania kennen.

The Embassy of Tanzania Eschenallee 11 – (Charlottenburg-Westend), 14050 Berlin tel 030 – 3030 800, fax 030 – 3030 8020, info@tanzania-gov.de www.tanzania-gov.de

Mehr Geld für die Aids-Bekämpfung In Deutschland fehlt die Unterstützung von höchster politischer Ebene

Ein Gespräch mit Dr. Christoph Benn, seit dem 1. Oktober 2003 Direktor für Auswärtige Beziehungen für den Globalen Fonds

Katja Roll (Aktionsbündnis gegen AIDS Tübingen)

Um HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria einzudämmen, werden dringend mehr Finanzmittel gebraucht. Deshalb wurde im Januar 2002 der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids- Tuberkulose und Malaria eingerichtet. Der Fonds ist ein reines Finanzierungsinstrument und soll gewährleisten, dass weltweit mehr Geld für Prävention und Behandlung der drei Krankheiten zur Verfügung steht. Von den vielen Projektanträgen, die im Genfer Büro des Globalen Fonds eingingen, konnten bislang über zweihundert Programme gefördert werden.

Bei einer UN-Konferenz zur internationalen Aids-Bekämpfung am 22. September 2003 sprach UN-Generalsekretär Kofi Annan deutliche Worte: Es stehe zu wenig Geld zur Verfügung.

Schuld daran ist auch Deutschland, denn dessen Beitrag zum Globalen Fonds ist mit 42 Millionen Euro vergleichsweise gering. Woran liegt das?

Die Bundesregierung hat für die Laufzeit 2002 bis 2007 eine finanzielle Unterstützung von 300 Millionen Euro zugesagt. Ein Großteil der Finanzmittel soll allerdings erst nach 2004 zur Verfügung stehen. Nächstes Jahr wird die Bundesregierung nur 37 Millionen Euro einzahlen und verweist zur Begründung auf die schwierige Haushaltslage. Allerdings hat auch Frankreich gegen ein hohes Haushaltsdefizit zu kämpfen und bringt dennoch deutlich mehr in den Globalen Fonds ein.

Die Finanzierung der Aids-Bekämpfung

Im Vorjahresvergleich sind die Ausgaben für HIV / Aids - Programme in den ärmeren Ländern im Jahr 2003 zwar um 20% gestiegen, allerdings bleibt die Finanzierung mit insgesamt 4,7 Milliarden US-Dollar noch weit hinter dem für 2005 verabredeten Ziel von zehn Milliarden jährlich zurück.

Nimmt die Bundesregierung das Problem nicht ernst genug?

Im Gegensatz zu anderen Länderregierungen hat die deutsche die Herausforderung HIV / Aids bislang noch nicht zur Chefsache ihrer internationalen Politik erhoben. In Deutschland fehlt die Unterstützung von höchster politischer Ebene, die notwendig wäre, damit Deutschland konsequent und kraftvoll zur internationalen Aids-Bekämpfung beitragen kann.

Hängt diese Haltung nicht auch damit zusammen, dass die Entwicklungsländer selbst noch nicht umfassend auf die Aids-Epidemie reagieren?

Die UN-Konferenz im September hat gezeigt, dass sich in den vergangenen Jahren einiges bewegt hat. Immer mehr Länder setzen nationale Programme zur Prävention und Behandlung von HIV / Aids ein und sehen die Eindämmung der Krankheit als politische Aufgabe. Internationale Initiativen, wie der Plan der Weltgesundheitsorganisation, bis 2005 drei Millionen Menschen mit Aidsmedikamenten zu versorgen, verstärken die Reaktion auf die Epidemie deutlich. Der Prozess ist in Gang. Ein stärkeres Engagement der reichen und politisch gewichtigen Länder könnte ihn weiter und schneller vorantreiben.

Es gibt kritische Stimmen gegenüber dem Globalen Fonds. Inhaltliche Bedenken der Bundesregierung waren beispielsweise, dass einerseits die Mittel nicht effizient ausgeschüttet werden und die Entwicklungsländer andererseits unzulängliche Projektanträge einreichen.

Es ist richtig, dass in der Anfangsphase kleinere Summen in die Projekte transferiert wurden. Der Grund hierfür ist, dass in den Projektländern zunächst die administrativen Strukturen zur effektiven Verwendung der Mittel aufgebaut werden mussten. Inzwischen steigt der Mittelabfluss kontinuierlich an. Anfang 2004 gehen die Projekte, die 2002 bewilligt wurden, in die zweite Phase. Vor allem für Behandlungsprogramme werden dann größere Summen ausgeschüttet.

Aktuelles

Wichtige Kriterien für die Bewilligung von Projekten sind, dass sie alle relevanten Akteure einbeziehen und dabei Maßnahmen der Vorsorge mit Behandlung und Pflege verbinden. Die eingereichten Projekte werden durch ein unabhängiges Expertenkomitee geprüft. Wir sind zuversichtlich, dass sich die Qualität der Projekte und der eingereichten Anträge durch die Erfahrung der ersten beiden Jahre weiter verbessern wird.

Es wird viel darüber geredet, dass sich HIV/Aids in Osteuropa und Asien immer schneller ausbreitet und auch dort bald katastrophale Auswirkungen haben wird. Was heißt das für die Arbeit des Globalen Fonds?

Der Globale Fonds kann dazu beitragen, dass sich Regierungen und andere lokale Akteure dem Problem stellen. Zwar fließen derzeit noch 60% der Fördermittel in afrikanische Projekte, aber die anderen Länder ziehen nach. Der größte Antrag, der in der dritten Runde bewilligt wurde, kam erfreulicherweise aus China. So soll die Behandlung mit Aidsmedikamenten dort von derzeit dreitausend Patienten auf Vierzigtausend ausgeweitet werden.

Weitere Informationen zum Globalen Fonds unter www.theglobalfund.org

Aktionsbündnis gegen Aids, c/o DIFÄM, Paul-Lechler-Straße 24, 72076 Tübingen tel 07071 - 206 504, fax 206 510, aids-kampagne@difaem.de www.aids-kampagne.de

TCDD National Civil Society Forum

Dr. Fidon Mwombeki (General Secretary ELCT North Western Diocese Bukoba)

TCDD was launched in 1998 in the presence of the Minister of Finance. It is unique in form and working modalities. It strategically does not want to be a super-NGO. Rather it has always endeavored to remain as a free, open forum for all types of CSOs – NGOs, Faith Based Organizations, and Community Based Organizations with no formal membership. Nobody can be expelled. So, for many years we have had no independent office but our activities have been conducted from office of our members. This freedom and flexibility has made us survive as a forum, a real coalition without making the secretariat dominate the show. That is why even today you will see we highlight not what TCDD has done, but

what the members have done, thus giving them the credit they deserve. We decided to be only national. We know that there are many international NGOs in the country, with very high capacity in terms of human, logistical and financial resources. We welcome them in TCDD only as observers and advisors, since given their capacity they can easily overshadow the national NGOs and run the show at a very high-detached level with little connection or interest with the grassroots. Most of them are based in Dar es Salaam only.

In the last year, the following need special gratitude: Mr. Kajege, our coordinator, Misereor, a German Catholic development

HABARI 1 / 2004

Aktuelles

agency, which by a grant through ELCT enabled the programs to be implemented, and Oxfam Ireland for the capacity building grant to enable smooth running of our activities.

We have coordinated our activities around PRSP implementation results and debt situation. Thanks to many organizations in Kinondoni and Kiteto District and the Macro-group.

August 2003, Reality of Aid workshop, AfroDAD, Tasoet & TCDD was conducted to check on the reality on the ground. One question remains: What part of this is a loan? We must never lose sight of the problem of foreign debt and its despicable effects on national economy and sovereignty.

Civil Society

In all countries, it is a must when we see police beat up unarmed people in the streets and get away with it; it is only because of poor Civil Society awareness. When we hear and see the government behave as if not responsible to the people, it is weak, ig-

norant Civil Society. We need to build our capacity to be able to question our district councils, our parliament and even our cabinet. We are at the level where we are timid, uninformed and unable to hold our own government accountable.

TCDD has such a role. In the past PRS we participated, at grassroots, with very little resources. In the implementation now we come from many different places of the country and are ready to share our findings. Our hope is to enable CSOs in different districts to monitor what the government is doing. We want to stay engaged all the macro level as well to know:

- whether the budget allocations are honored,
- whether disbursements reach where they should,
- and whether the benefits are tangible.

Dr. Fidon Mwombeki
ELCT NWD, P.O. 98
Bukoba, Tel 00255 28 – 222 1313
elct-nwd@bukobaonline.com

Taarifa kwa vyombo vya Habari Januari 22, 2004

Miaka 3 ya utekelezaji wa Mkakati wa Kupunguza Umaskini:

Jitihada na uwajibikaji vinahitajika zaidi

Mtandao wa asasi zisizokuwa za kiserikali zinashughulikia masuala ya madeni na maendeleo (TCDD) zilikutana jijini Dar Es Salaam Jumanne tarehe 20 Januari 2004 kubadilishana uzoefu na kujadili ufuatiliaji wa Mkakati wa Kupunguza Umaskini nchini

(Poverty Reduction Strategy-PRS). Utafiti uliofanyika kati ya mwezi Aprili na Septemba 2003 katika wilaya 18 nchini yaani Kinondoni, Kiteto, Singida mjini, Temeke, Arumeru, Monduli, Ilala, Moshi Mjini, Moshi Vijijini, Arusha Mjini, Magu, Mis-



ungwi, Mwanza Mjini, Mkuranga, Bukoba Mjini, Shinyanga Mjini, Shinyanga Vijijini na Singida Vijijini ulibaini mapungufu kadhaa katika utekelezaji wa mkakati huo.

Kutokuwepo kwa uwazi katika kutoa taarifa za utekelezaji wa mkakati huo katika sekta ya elimu ingawa Rais Benjamin Mkapa katika hotuba zake amekuwa akiagiza kuwa Halmashauri na shule zinawajibika kutoa matangazo kuhusu fedha zilizopokelewa na matumizi yake katika mbao za matangazo za Halmashauri, shule na sehemu za mikusanyiko ya wananchi. Kadhalika utafiti huo unaonyesha kuwa ingawa serikali ilikuwa imeahidi kutoa mafunzo ya uendeshaji wa shule za msingi kwa kamati zote za shule ifikapo Julai 2003, hadi Septemba 2003, mafunzo hayo yalikuwa hayajafanyika katika wilaya hizo. Kutofanyika kwa mafunzo haya kumesababisha udhaifu katika usimamizi wa fedha za ruzuku za Mpango wa Maendeleo ya Elimu ya Msingi (MEM). Pia waalimu wamekuwa hawashirikishwi katika kubaini na kupanga vipaumbele vya shule zao.

Hata hivyo utafiti huo umegundua kuwa kumekuwa na ongezeko la madarasa, ingawa ongezeko hilo haliendi sambamba na ongezeko kubwa la idadi ya wanafunzi wavya wanaoandikishwa shule na idadi ndogo ya walimu waliopo. Hali hii isiporekeshwa itaendelea kutia dosari ubora wa elimu unaokusudiwa kwa lengo la kupunguza umaskini nchini.

PRESS RELEASE, 22ND JANUARY, 2004

Poverty Reduction Strategy yet to Take Significant Impact in Education and Health

Katika sekta ya afya utafiti umebaini kuwa idadi ya vifo vya watoto walio na umri chini ya miaka mitano bado ni kubwa hivyo serikali inahitaji kuongeza juhudi zaidi katika kupambana na tatizo sugu la ugonjwa wa malaria. Jamii haipati elimu ya afya ya msingi ili wananchi waweze kujikinga wasipate magonjwa mbali mbali. Hali hii inasababishwa na zahanati na vituo vingi vya afya vijijini kutokuwa na wahudumu wa kutosha na wenye utaalamu.

Kwa mfano zahanati ya Kijungu na Lengatei katika Wilaya ya Kiteto mkoani Manyara hazina wauguzi wala waganga wasaidizi badala yake wagonjwa wanatibiwa na wahudumu wa wodi (Ward Attendants). Kadhalika wagonjwa wanalazimika kutembea umbali wa wastani wa kilometa tano hadi kumi kufuata huduma za afya.

Kuhusu afya PRS inaweka mkazo zaidi kupunguza vifo vya watoto na wanawake wajawazito.

PRS inaweka msisitizo katika sekta za elimu na afya kwa sababu ndizo nguzo muhimu zitakazofanikisha mpango mzima wa uondoaji umaskini.

Mwaka huu serikali inafanya zoezi la kupitia upya mkakati huo ulioanza kutekelezwa Oktoba 2000 hadi Juni 2003 ili kubaini mapungufu yaliyojitokeza na kuainisha maeneo mapya ya kipaumbele. Mkakati huo unatekelezwa kwa kipindi cha miaka mitatu mitatu.

The first phase of the Poverty Reduction Strategy (PRS) is yet to make significant progress in the fields of education and health, according to a network of organizations monitoring its implementation. Members of the Tanzania Coalition on Debt and Development (TCDD) conducted a survey in 18 districts and discovered that the Bretton Woods Institutions led initiatives had not achieved much of the intended results in the country. TCDD is a network of Non Governmental Organizations and met in Dar es Salaam this week to discuss developments in PRS implementation.

In a statement issued by the coalition through TAMWA, it is stated that the strategies had failed due to lack of transparency by those managing public offices, lack of personnel in hospitals and lack of mass education. The lack of transparency was contrary to the directive by president William Mkapa requiring all sectors to account for all monies received. He directed all leaders to make all announcements in public gatherings for proper monitoring.

The findings were released ahead of a government review of the PRS (2000-2003). PRS is implemented in three-year phases. Priority areas for the PRS are seven: namely, education, agriculture, health, water, rural roads, judiciary and HIV/AIDS. The network chose to monitor two sectors of education and health because they pose fundamental challenges to poverty alleviation.

In the health sector, infant mortality continues to rise in defiance of government wishes and the campaign to roll back malaria is yet to make an impact. The research found that children under the age of five were still dying and TCDD members urged the govern-

ment to tighten its grip on fight against malaria. "Due to lack of personnel in hospitals and clinics, the public is not educated on ways of preventing simple ailments. This was evident in clinics in Kijungu and Lengatei in Kiteto district where patients were treated by ward attendants instead of nurses or clinical officers," the survey revealed. Whilst PRS emphasizes the need to reduce maternal and infant mortality rate, TCDD members notes that people still have to walk for five to ten kilometers before they can access health facilities.

In education, the study discovered that PRS failed to yield targeted results because public school administrators had not been trained on how best to manage schools and setting priorities right. The government had promised to train school committees countrywide by July 2003 but by September 2003, the promise had not been fulfilled. This, TCDD says, resulted in negligence in management of funds under Primary Education Development Plan (PEDP). It also resulted in teachers being left out in management of school priorities.

TCDD underscored the need to increase the number of teachers in schools adding that the number of pupils and classes had increased whereas the number of teachers was low. The report notes that if this anomaly is not rectified, it will deal a major blow to the quality of education in the country thus negative impact on PRS. Survey was conducted between April and September last year in Kinondoni, Kiteto, Singida, Temeke, Arumeru, Monduli, Ilala, Moshi town and rural, Arusha town, Magu, Misingwi, Mwanza town, Mkuranga, Bukoba town, Shinyanga town and rural, and Singida rural area.

The first phase of PRS started in 2000 after World Bank officials working in conjunction with the government and civil society met and drew the Poverty Reduction Paper (PRSP). The paper set down strategies that would be devised to guarantee a poverty-free country.

PRSP is spear headed by World Bank and International Monetary Fund (IMF) as a

means to achieving the Millennium Development Goals (MDGs).

Chamba M. Kajege
Coordinator Tanzania Coalition on
Debt and Development TCDD
Swahili Street, P.O Box 9193
Dar es Salaam mobile 0741 608854
tcdd@yahoo.com

Opposition leaders need a new constitution

Lwaga Mwambande (The Guardian, 24. März 2004)

Leaders of opposition parties yesterday told the visiting German President, Dr Johannes Rau, that Tanzania needed a new constitution in order to strengthen democracy. The opposition leaders, Prof. Ibrahim Lipumba of the Civic United Front, Freeman Mbowe of CHADEMA, John Cheyo, of the United Democratic Party and Tanzania Labour Party's Augustine Mrema, met Dr Rau after his meeting with a parliamentary delegation, which was led by the Speaker of the National Assembly, Pius Msekwa. In a meeting held in camera, Msekwa had earlier informed him that the country had no problem with the current constitution. "We have told the German leader that we need a new constitution that takes into account the interests of all the populace, not the current one that is owned by CCM," the CHADEMA chairman, Freeman Mbowe said.

Mbowe and Prof. Lipumba, in separate interviews after meeting the German leader, explained that the constitution making process should involve not only political parties, but also the civil society, academicians, trade unions and religious organizations. He claimed that the constitutional deficiencies,

especially relating to the union, if not dealt with now, have a potential of degenerating into very serious problems. He cited differences in the election laws in the country whereas Zanzibar has an independent electoral commission, and the mainland has the Tanzania Electoral Commission. He said that this should be addressed.

The opposition urged Germany to extend support to strengthen political parties just as it has been doing to other sectors. Mbowe claimed that foreign assistance to opposition parties was crucial. He said that the ruling party, CCM, has advantage against the opposition as it uses government machinery under its control for its own benefit. The aid to opposition parties would counteract this. Prof. Lipumba explained that assisting political parties would strengthen democracy.

In his brief to the German leader, the Speaker of the National Assembly told him that compared to the 1995 election results; the opposition was weaker in the 2000 elections. It got fewer parliamentary seats and smaller share of the total number of votes. He described the demand by the opposition

parties for a new constitution as a “serious misunderstanding of the role and function of the constitution.” He said constitutional provisions are not designed to provide a level playing field for political competition only. The provisions are made for normal functioning of the State irrespective of the results of that competition, for the good of all citizenry, according to the Speaker.

Msekwa advised opposition parties to direct their attention and energies to election laws and regulations in order to identify shortcomings that deny them a level playing field for political competition, so that they can be addressed. “The only proper legal instruments, which are designed to regulate and control political competition, are the electoral laws and regulations,” he said. On proportional representation, Msekwa

and Prof. Lipumba underscored the need for widened representation away from constituency-based elections. Msekwa said a committee he chairs has already submitted to the government recommendations of having both constituency-based and proportional representation, at the same time.

Prof. Lipumba called for “hybrid system of elections” to provide room for proportional representation in order for each vote to count. He said in 1995 and 2000 elections, the opposition obtained 40 and 30 per cent of the total votes, but got very few seats in terms of percentage of the total votes. The leader of the Opposition in Parliament, Wilfred Lwakatare (CUF), Chairman of Parliamentary Foreign Affairs Committee, Dr William Shija, a senior legislator, Anna Makinda and the Clerk of the National Assembly, Kipenka Mussa, accompanied Msekwa.

Tischrede von Bundespräsident Johannes Rau anlässlich des Staatsbanketts, gegeben von Staatspräsident Benjamin William Mkapa

So 21. März 2004 (Es gilt das gesprochene Wort.)

Meine Frau und ich danken Ihnen für die freundliche Einladung, Tansania einen Staatsbesuch abzustatten. Die herzliche Gastfreundschaft, die uns seit unserer Ankunft entgegengebracht wurde, hat uns beide sehr bewegt.

Tansania hat für Deutsche eine ganz besondere Bedeutung. Das hat nicht nur mit der Geschichte zu tun, die unsere beiden Länder vor hundert Jahren eng miteinander verbunden hat. Tansania ist für die meisten von uns das "natürliche", das ursprüngliche, manchmal gar das paradiesische Afrika. Wenn Sie Menschen in Deutschland fragen, was ihnen beim Stichwort "Afrika" spontan einfällt, dann werden viele höchstwahrscheinlich die Serengeti beschreiben, freundliche Menschen und weite Steppen voller wildlebender Tiere am Fuße des Kilimanjaro - noch bevor sie von Hunger, von Kriegen oder von Naturkatastrophen sprechen. Als in den sechziger Jahren das Fernsehen immer weitere Verbreitung fand, gehörte der Frankfurter Zoologe Professor Bernhard Grzimek zu den Persönlichkeiten - heute würde man sagen, zu den Medienstars - die jedes Kind

Aktuelles

in Deutschland kannte. Zu einem guten Teil ist es gewiss ihm zu verdanken, dass viele Deutsche in Tansania das "eigentliche Afrika" sehen. Viele politisch interessierte Menschen in Deutschland verbinden mit dem Namen Tansania natürlich auch den Namen Julius Nyerere, den Mann, der Tansania zu dem Staat gemacht hat, den wir heute besuchen und für den wir Anerkennung und Achtung empfinden.

Herr Präsident, es ist gerade sechs Monate her, dass ich die Ehre hatte, Sie und Ihre Frau als Staatsgäste in Berlin begrüßen zu dürfen. Es ist für unsere Protokolle eher ungewöhnlich, dass der Gegenbesuch, zu dem Sie mich in Berlin eingeladen haben, schon nach so kurzer Zeit stattfindet. Das ist auch ein Zeichen für den hervorragenden Stand der Beziehungen zwischen unseren Staaten.

Ich möchte mit meinem Besuch aber auch zeigen, wie sehr ich Ihr persönliches Wirken schätze und das politische Engagement Ihres Landes in der Region, in der Sie leben. Ihr Land gewährt, auch unter schwierigen Umständen, vielen Tausend Menschen aus den Nachbarstaaten Asyl, die durch Kriege ihrer Heimat beraubt worden sind und oft jegliche menschenwürdige Zukunft bedroht sehen müssen. Weil Sie in Tansania keine ethnischen, territorialen und religiösen Konflikte haben, können Sie eine anerkannte Rolle als uneigennütziger Vermittler spielen. Es ist ja kein Zufall, dass Regierungen und Oppositionsgruppen, Rebellen und Vermittler aus aller Herren Länder immer wieder zu Gesprächen in Daressalam und Arusha zusammengekommen sind - so wird Daressalam seinem Namen gerecht, ein "Ort des Friedens" zu sein.

Ihr Land, Herr Präsident, ist, wie auch Deutschland, nicht zentralistisch organisiert. Sie werden in fast genau einem Monat den 40. Jahrestag des Zusammenschlusses von Tanganjika und Sansibar zur Vereinigten Republik Tansania feiern. Der Name Sansibar weckt in Deutschland positive Assoziationen. In der deutschen Literatur nach dem Zweiten Weltkrieg war Sansibar eine Chiffre für den Ort, an dem man von den Sorgen um das tägliche Brot frei ist - in wie weit diese Vorstellung der Wirklichkeit entspricht, können Sie viel besser beurteilen als ich.

Herr Präsident, Sie wissen, dass meine Amtszeit als Präsident der Bundesrepublik Deutschland in wenigen Monaten enden wird. Ihr Land ist also das letzte Land Afrikas, dem ich einen Staatsbesuch abstatte. Ich bin ganz besonders gerne hier, denn ich weiß mich unter Freunden, die bereit sind, die demokratischen Regeln und Verfahrensweisen ernst zu nehmen und danach zu handeln. Sie zeigen damit, dass Demokratie nicht nur etwas "für die Reichen" ist, und Sie widerlegen die These all jener, die sich vor demokratischen Spielregeln fürchten und deshalb behaupten, dass Demokratie in Afrika nicht funktionieren könne. Gerade für Afrika, wo es ja noch nicht überall selbstverständlich ist, dass Verfassungen nicht auf einzelne Personen zugeschnitten werden, ist das ein wichtiges Signal.

Herr Präsident, Sie haben gegenwärtig den Vorsitz in der Entwicklungsgemeinschaft der Staaten des Südlichen Afrika inne. Diese erfolgreiche Regionalorganisation spielt im politischen Leben des afrikanischen Kontinentes eine herausgehobene Rolle. Auch in Afrika sind heute viele Aspekte des täglichen Lebens nicht mehr an die Grenzen eines Staates gebunden. Dem müssen wir durch verstärkte Zusammenarbeit Rechnung tragen. Meiner Überzeugung nach werden Regio-

nalorganisationen wie die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika und die Ostafrikanische Gemeinschaft deshalb immer wichtiger.

Afrika hat sich mit NePAD, mit dem Programm für die neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas, ein hohes, ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Die Vision, der dieses Programm folgt, hat starke Ausstrahlungskraft. Wir werden Tansania und alle anderen Staaten Afrikas bei der Umsetzung der Prinzipien und Ziele, die in diesem Programm niedergelegt sind, unterstützen.

Speech by the President of the United Republic of Tanzania, His Excellency Benjamin William Mkapa, at a State banquet in Honour of the President of the Federal Republic of Germany, His Excellency Dr. Johannes Rau,

State House, Dar es Salaam, 21st March 2004

Mr. President; Mrs Rau; Excellencies; Ladies and Gentlemen:

There is a proverb among the Bantu people that says: “The earth is a beehive; we all enter by the same door but live in different cells.”

We welcome you, Mr. President and Madam Rau, not as aliens from outer space, but as one of us, only from a different cell—different in colour and wealth, but same in our shared humanity. It is this shared humanity that my wife and I—indeed, my entire delegation—gratefully experienced during my State Visit to the Federal Republic of Germany in September last year. It is this same shared humanity that brought you both to this different cell in Tanzania so soon after we have been to yours. But there is an additional dimension where our two countries are concerned. Our relations are steeped in history and cooperation.

I have been told of a German proverb that says: “A bad beginning may make a good ending”. The initial contact between our people and your people in the late 19th century was a sour beginning; but the ending is certainly much better. Perhaps I should not even use the word “ending”. For, I look forward not to an end, but to an invigorating continuation of the very good relations happily subsisting between our two countries and peoples. With all the businesspeople and journalists accompanying you, I foresee renewed and revitalised interest among the German people for this country and its people, and for the opportunities it presents for greater German-Tanzania relations and cooperation.

Our duty, as Governments, is to fan the flickers of trade, of tourism, of investment and of cultural relations between our two countries and peoples, fanning these flickers into a flame that will not only keep our friendship warm, but also light the path to a better future of cooperation among our people. I am sure this visit will significantly contribute to that. But let me also say how grateful we are in Tanzania for the many years of development cooperation between our two countries. Your visit comes at the end of what we call the “Water Week”. The Hai Water

project funded by Germany, that Madame Rau visited yesterday, is one of the biggest projects funded by your country in Tanzania. It is a project with tremendous impact in improving the health and well-being of our people, not to mention lessening the burden on women who previously had to walk long distances in search of water. But Germany has supported us in many other areas since the first Technical and Economic Cooperation Agreement between the two countries was signed in the early 1960s. Today, Tanzania is one of the leading beneficiaries of German financial cooperation in Sub-Saharan Africa, historically focussing mainly on economic and social infrastructure, such as electricity, railways, roads, and the social sector. Germany's recent decision to provide programme aid in the form of budget support has strengthened our capacity to implement our Poverty Reduction Strategy, as has your Government's decision to cancel all our official bilateral debts to Germany. We thank you very much.

Mr. President, You visit Africa at a time when our hopes for a peaceful and developing continent are within reach. On the continent, wars and conflicts are subsiding. Millions of internally displaced Africans, and refugees, have now the distinct hope of going home, and rebuilding their lives. But we are yet to cross the Rubicon. So external support is necessary to hold together the various peace agreements, and to keep the peace on the continent. There is much Africa can do, and is ready to do, for itself, but our capacity needs to be buttressed by the international community.

In his recent visit to Africa, the German Chancellor, Gerhard Schröder, witnessed the inauguration of the Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre in Accra, Ghana, supported by your country and a number of other donors. At a time when wars are dying down, we need support to make sure there is no regression once again into war. Likewise, the countries ravaged for years by war need more, not less, assistance to reconstruct their economies, their institutions of governance and their infrastructure, as well as to reconcile and resettle internally displaced persons, and returning refugees.

Africa is trying to take more responsibility for its own affairs and future. The African Union is not a reincarnation of the OAU. It is a different institution, for a different time and a different purpose. With its economic programme in NEPAD, with its readiness for deeper mutual introspection through the Peer Review Mechanism, with its Peace and Security Council, and with its Commission for Human Rights, this obviously is not the Africa of the Cold-War era.

Mr. President, We are also deeply concerned about the state of the world. There is too much inequality, too much pressure on finite natural resources, too much confrontation, too much violence, too much unpredictability, and consequently too little confidence. Civilisation is under stress. This is not the world we would want German and Tanzanian children and grandchildren to live in. So, who then is to make the world better? It has to be us. We cannot leave it to the future generation, lapsing into fashionable complacency. No, we must not postpone action. This is the message of the Report of the World Commission on the Social Dimension of Globalisation that I was privileged to Co-chair with President Tarja Halonen of Finland over the last 2 years. The world urgently needs to rethink its economic and social policies, its environmental policies, its trade and investment policies and rules. It is a call to cooperation, not to confrontation—a call to inclusiveness, and a renewed focus on our shared needs and humanity. The num-

ber of people being governed democratically in the world has more than doubled in the last 50 years. Having got democracy at home, they now want democratic governance at the global level. The storm is gathering; the sooner it is weathered, the better. We urgently need to improve the governance of globalisation to make it fairer, and its benefits more accessible to more people, in more countries.

Mr. President, I should not try to convert the converted. In my work with the Commission, I always found inspiration from your own Berlin Address that you gave on 13 May 2002, which shows how alike our thoughts are on this matter. For you argued passionately that whether a country wins or loses in globalisation is not a question of fate, but of opportunity. I agree with what you said, that, "...globalisation is not a natural phenomenon. It is sought and made by people. That is why people can also change, shape and guide it in the right direction." And you warned that, "If people feel cut off, if they feel that globalisation is proceeding without them or even against them, then they will become opponents of globalisation and also opponents of democracy and the rule of law".

Mr. President, I could not have put it better. You will leave the Presidency in another 2 months. I do hope that in whatever you will be involved in after that you will carry forward this message of the imperative for better political governance of globalisation. I do hope that your influence will continue to bear on German-Tanzania relations, through the Government, through religious and non-governmental organisations, and through the private business sector. For the present, I wish you and Madame Rau a most fruitful and rewarding visit with us, and I thank you again for coming. And I now ask all of you here present to rise and join me in a toast: To the continued good health of President and Madame Rau; to the continued prosperity of the people of Germany; and to the ever-growing friendship and cooperation between Germany and Tanzania.

Rau did not meet with NGOs

Chamba M. Kajege (TCDD Tanzania Coalition on Debt and Development Dar es Salaam)

I am afraid to inform you that President Rau never did meet with neither NGOs nor Church Leaders when in Tanzania. His schedule was confined to Government Officials, and to a few moments he managed to meet Opposition Political Party Leaders, and through the Mwalimu Nyerere Foundation, he met Heads of Diplomatic Missions Accredited to Tanzania. As such, speaking from the NGOs sector we gained nothing from his visit. However, we hail his visit as it has, to a great extent brought Tanzania

and Germany more closely in issues around Trade, Tourism and Good Governance. His failure to meet NGOs is not something new to us since Head of States have never been given chance to meet CSOs at all.

HABARI 1 / 2004

Chamba M. Kajege
Coordinator Tanzania Coalition on
Debt and Development TCDD
Swahili Street, P.O Box 9193
Dar es Salaam Mob: 0741 608854
ttcdd@yahoo.com

***Land issues and Law in Tanzania:
What are the Land Rights of the Poor and the
Disadvantaged and how are these Groups being Protected***

Tabitha Siwale (Chief Executive WAT)

Women Advancement Trust (WAT) is a non-governmental organization, which was founded in 1989 with the broad objective of promoting the advancement of women through education and training. Currently WAT's general objective of WAT is to empower low-income communities particularly women to participate fully and actively in all aspects of Human Settlements Development.

Poverty

One half of all Tanzanians today are considered to be basically poor and approximately one-third live in abject poverty. Women represent 51 percent of the population and head 14 percent of the households. Results from household survey show that women-headed households are not necessarily poorer than male-headed household. But results of a survey done in 1995 showed that women perceive themselves to be poorer than men owing to their lack of asset ownership including "land".

Historical background of land ownership in Tanzania

Before the advent of colonialism, land was held communally under traditions and customs of the various ethnic communities. An individual's title to land was determined by membership to a particular family or clan and land was for use by the family for subsistence. As house holds heads, men were often the administrators of land but not its owners. In some cases (some tribes) women

had security in land and were able to grow crops of their own personal liking. Practice of alienating land to settlers started during the Germany period and continued during the British rule. The British also introduced a legislation known as Land ordinance of 1923, which declared the whole land whether occupied or unoccupied to be "public land" in the control of the Governor. A new system introduced by the British was a right of occupancy, which was respected up to, and after independence. Customary and traditional land tenure, however were preserved under the order-in-council and the definition of a right of occupation of land in accordance with customary law was recognized.

At independence Tanganyika continued using the legal framework, which had been put, in place, probably this was to facilitate implementation of land policies it had adopted. As for a women's access to land was concerned, the independence government having largely adopted the colonial pluralistic legal system with its new version of custom in the form of customary law "did little to reverse the trend. Most land remained and to a large extend is still in men's hands. Further more the predominantly customary land tenure did not give women the right to own or inherit land. (Declaration Order, 1963 G.N. 436/63). Given that the predominant mode of acquisition of land in rural areas is through inheritance, it means that women are denied meaningful access to this important resource. Given that land is a

Thema: Landnutzung

major and basic resource on which the majority of Tanzanians depend for their sustenance men and women should have equal right of access to land. Up to now traditional and cultural barriers still block women access to and control of land.

WAT initiatives to campaign for women's equal right of access to and ownership of land.

Way back in 1992 WAT organized a workshop followed by a base line survey to examine the participation of women in Human Settlement Development. After this exercise it became very clear that there was need to campaign for legislation of new Land Law to give women equal right of access to and control over land.

- Active and effective campaign started 1992 -1999
- Participated (1995) in the formulation of the National Land Policy and lobbied for inclusion of paragraph 4.2.6., which states that:-

In order to enhance and guarantee women's access to land and security of tenure, women will be entitled to acquire land in their own right not only through purchase but also through allocation. However, inheritance of clan land or family land will continue to be governed by custom and tradition provided they are not contrary to the constitution and principles of natural justice.

- WAT lobbied the Government through the Ministry of Community Development, Women and Children Affairs that the theme for the International women's day 8th March 1997 (at national level) be "Land is a right to a woman as it is to a man".

A Gender Land Task Force comprising of eight NGO's WAT being one of them was formed in March 1997 to articulate the gender perspective and lobby for the enactment of gender sensitive Land Law. Specifically the Gender Land Task Force set itself to lobby for inclusion of the following five items in the Land Bill (1997-1999).

- o Equal right of access and ownership of land for women as it is, for men.
- o Equal representation of women and men in committees addressing land issues.
- o Customary law be modified
- o Youth's right to own land be included in the new law.
- o Co-ownership of land.

These were submitted to the Government for consideration so as to include them in the Land Bill before it was tabled before Parliament. Several workshops, meetings were organized to create awareness among the public and policy makers, especially Members of Parliament.

The two land Laws were enacted by Parliament and nearly all our recommendations were included in the Land Laws (February 1999).

Current status of policies and property Laws on Gender.

As far as gender fights are concerned the most important laws that govern women's legal status are the laws of:

- Inheritance
- The Law of Marriage Act T
- Land Laws of 1999

(i) inheritance Laws:

The law of inheritance is not unified and is governed by different laws of succession. They include customary, Islamic and Statu-

Thema: Landnutzung

ary Laws provided for both testate and intestate succession. Two particularly connecting factors in each of these legal systems are ethnicity and religious affinity. Where there is conflict of law between Customary and Islamic Law, the courts have adopted a mode of life test. For Africans Christians it is assumed that Customary Law applies to them unless it is proved that he had abandoned his African mode of life

Regarding African Muslims the applicable test is the intention of the deceased. When an African is also a Muslim there is a problem of determining which law applies between Customary Law and Islamic Law. The test, which is used in making that choice, is the intention of the deceased. Consequently, the presumption is that Islamic Law applies to the distribution of their estates unless a contrary intention is proved.

Customary Law of Inheritance is perhaps the law most complained about as being gender inequitable and outdated. Customary Law (Rules) relating to inheritance is generally contained in GN No. 436/63 as noted above. This is essentially codified Customary Law, which applies to patrilineal ethnic communities only which constitute 80% of the countries diverse ethnic formations. Consequently for the matrilineal communities which constitute the remaining 20% the unmodified Customary Law rules remain in force and are subject to proof by the party relying on it. However, there is evidence that inheritance patterns in matrilineal communities may be changing towards patrilineal trends.

Land governed by the GN 436 falls into three groups; self acquired land, family land and clan land, certain fights and obligations flow to individuals on the basis of this cate-

gorization. Succession and ownership fights depend on the status of category under which that land was held by its previous owner(s). Women's fights under these concepts are also variously affected.

In patrilineal communities of Tanzania as codified in the Customary Law Declaration Order, (CLDO), No.4 of 1963 clan or family land is protected against alienation outside the clan or family. Daughters are not entitled to inherit land on the grounds that they do marry away from their parental base. An exception is made in default of male heir but even then alienation by sale is restricted (Rule 20). It is feared that women will transfer land outside the clan or family through marriage. Therefore the need to protect group (clan) Land and has been unduly applied to the prejudice of women heirs.

In matrilineal communities there is also a male inheritance system. Male heirs inherit the property of their maternal uncles, not the property of their mothers. Daughters are designated to inherit the land of their uncles, not that of their fathers. Although widows have limited usufruct rights under the CLDO, in both tradition and current practice they are treated differently in various communities. In some societies (e.g. Kagera) there is a strong tendency to dispossess widows unless they surrender to being inherited along with the property of their late husbands by the deceased's clansmen or become dependent on their children. Widows do not have inheritance fights in their own right except through their children.

Rules 27 of Customary Law Declaration Order, CLDO 1963 provides that "a widow has no share of the inheritance of the deceased left relatives of his own clan; her

Thema: Landnutzung

share is to be cared for by her children just as she cared for them. As for the children their rights depend on the status of their mothers to some degree. The deceased's eldest son by his most senior wife is heir in the first degree and inherits a third of the land.”

All the other sons regardless to the seniority of their mothers are heirs in the second degree, which entitles them to something between a tenth and fifth of the land. All the daughters, the seniority of their mothers notwithstanding, are heirs in the third degree and share among themselves whatever remains. The eldest daughter of the first house will be the main heir if there are no sons. The widow can inherit only if there are no offspring and no surviving male relatives but this situation is very rare.

Residence of Widows

Rule 66 A provides as follows (translated from Kiswahili) A widow has a right to choose any relative of the deceased and live with him as her husband or she may claim the right to remain in a house of the deceased, and thus become one of the deceased's kinsfolk.

The above rule also ties the women rights to those of children. This endangers women and more particularly widows such as when there is more than one widow. However, widows who do not have a male offspring and/or are childless are more vulnerable. More practical conflicts in real life of women such as in the cases of polygamous marriages, childlessness or when the children are daughters imposed through Rule 27 of the CLDO 1963 is severe and intense.

(ii) The land Act, 1999, and the village Land Act, 1999

The two separate acts deal with the administration of land including dispute settlement,

one for village land and another for the rest of land categories. Invalidation of customary law that discriminates against women as compared to men.

We know that customary laws and traditional practices as well as stereotype attitudes are entrenched in all our communities but critically so in rural communities where resistance to gender "competition" is perhaps the strongest. It was in consideration of this fact that S.20 (2) of the Village Land Act invalidates any rule of customary law that discriminate against women, child or a disabled person in access and use of land.

It reads: Any rule of customary law and any decision taken in respect of land held under customary tenure, whether in respect of land held individually or communally, shall have regard to the customs, traditions, and practices of the community concerned to the extent that they are in accordance with fundamental principles of the National Land Policy and of any other written law and subject to the foregoing provisions of this subsection, that rule of customary law or any such decision in respect of land inoperative and shall not be given effect to be any village council or village assembly of any person or body of persons exercising any authority over body, to the extent to which it denies women, children or persons with disability lawful access to ownership, occupation or use of any such hand.

Any person, family unit or group can apply for a customary right of occupancy including a divorced person whose spouse was a villager before marriage and citizen, has divorced or left the village for a period of not less than two years, may apply to the village council of that village for a customary right of occupancy (S.22 (1) Village Land Act, 1999). To ensure that a women's right to

Thema: Landnutzung

equal opportunity in allocation of a customary right of occupancy the Village Council is enjoined to give equal treatment to applications from a woman or a group of women in the like manner as those applications from a man or a group of men without discrimination (S.23 (2) village Land Act, 1999).

In granting a derivative right which is right to use and occupy land created out of right of occupancy e.g. lease, sub-lease license, etc. the village council is required to enquire and be satisfied that the special needs of women within the village are met and would continue to be met in the event that a derivative right is granted (33(1)(d)). Likewise the needs of landless people and the disabled within the village.

A holder of a right of customary can return land, which he/she does not need. The law requires that where such a surrender of a right of occupancy is made it shall be void if its purpose or effect is to deprive or place impediments so as to prevent a woman from occupying land (S.35 (2)).

Representation in land institutions and dispute settlement mechanisms

- Village Land Council shall consist of 7 people three of whom shall be women (S.60 (2) VLA). The minimum quorum of the meeting is four, two of whom must be women. Otherwise the proceedings of such meeting would be null and void.
- Village Adjudication Committee is to consist of not more than nine persons of whom not more than four persons shall be women. The minimum quorum of Committee is five of whom at least two members shall be women (S. 53 (2) VLA),
- National Land Advisory Council is to be composed of between 7 -11, members. The appointing authority of the council

members is enjoined to ensure a fair balance of men and women in the composition of council members (S. 17 LA).

The significance of women's representation in institutions dealing with dispute settlement and other land institutions cannot be over emphasized. Women being the principal users. Moreover, the involvement of women in these institutions not only improves their performance in using land general but also brings to these institutions the treasure of women's experiences.

Consequently the institutions are more likely to have a more balanced and comprehensive outlook. Moreover, women's dignity would be enhanced.

Joint Ownership of Land Between Spouses

One of the most revolutionary aspects of the new land laws of Tanzania is its approach to joint ownership between spouses. The Acts takes cognisance of the nature of the Tanzania family, extended and sometimes polygamous while striving to protect the rights of individual women in these families. The provisions have far reaching implications conceptually.

The incidents of co-occupancy are defined as the "occupation of land held for a right of occupancy or a lease by two or more undivided shares" which may be either joint occupancy or occupancy in common.

Joint Occupancy

Joint occupancy means that the shares of each occupier are undivided. Spouses may enter into a joint occupancy at will but for all the other relationships they need to obtain leave of the court. Any other purported

Thema: Landnutzung

joint occupancy without leave of the court shall take effect as occupancy in common (S. 159 LA).

- No separate shares,
- Dispositions made by joint occupiers,
- On death of one joint occupier his/her interest vests in surviving occupier or occupiers,
- A joint occupier may transfer his interest *intervivos* to all other occupiers but to no other person.

Each joint occupier is entitled to receive a copy of the certificate of title (S. 160 LA). This means that a widow who is registered as joint occupier becomes the surviving occupier in the event of the death of her husband. Interest registered under husband and wife as joint occupiers cannot accrue to anyone else upon death of either of them. This provision has profound implications on the law of inheritance. Thus women's property right is protected. Moreover a woman as a surviving occupier is given a right to dispose of her interest. However, this right will not extend to family or clan land.

Occupancy in common

Occupancy in common means that the occupiers have specific shares in the landed property concerned.

In section 161 where a spouse obtains land under a right of occupancy for co-occupation and use by both spouses or where there is more than one wife, all spouses, the spouses will hold land as occupiers in common except where there is a provision in the certificate of title or customary occupancy clearly stating that the spouse is taking the right of occupancy in his or her name only.

Thus the law establishes a rebuttable presumption that if spouses hold land under a right of occupancy for the occupation and use of all spouses, those spouses will hold land as occupiers in common.

Moreover apart from a registered title the law provided for a deemed right of occupancy where the right of occupancy is registered in the name of one spouse only and upkeep of the land. Such or spouses shall be deemed to have acquired an interest in land in the nature of occupancy in common by virtue of that labour together with the spouse in whose name the certificate of occupancy is registered.

The shares of occupiers in common are transferable *intervivos* or upon death, with the consent of other occupiers. This gives women the possibility of bequeathing landed property, which is acquired in marriage.

Progress, opportunities and challenges

(i) Progress

- The Laws are in place and have come in force with effect from 1st May, 2001.
- There is a considerably broad based forum of stakeholders in land issues around the country such as the Gender Land Task Force, HAKI ARDHI and the newly formed Land net, Tanzania chapter.

(ii) Opportunities

- The Acts provide great opportunities for stakeholders to cooperate in the implementation of the new Land Laws Particularly at village level.
- Taking stock of practical problems if any, for continued activism in order to

Thema: Landnutzung

achieve ultimate democratisation of access, use and control to land property by the people.

(iii) Challenges/issues that need to be addressed.

- Ignorance and legal illiteracy One of the main constraints affecting efficient and democratic land use and management is lack of functional and sufficient knowledge of the relevant laws, particularly of statutory laws.
- Unawareness of rights is very common; Women especially are illiterate and ignorant of the technical aspects of the legal system. Further more, many women are not aware of their rights of Marriage Act of 1971, (leave alone the new Land Laws.) such as the right to be consulted and give consent before any disposition involving the matrimonial home becomes effective, otherwise such disposition is null and void. Consequently many married women who found a matrimonial home mortgaged or even sold by deserting husbands did not know that they had a right to nullify such actions
- Inadequate legal services. Legal rights have to be accessible and enforceable to be enjoyed.

Recommendations

NGOs and the Government should seriously engage themselves in:

- (i) Awareness creation to the public, men and women, including.
- Land allocation committees
 - Traditional opinion leaders
 - Village Government leaders
 - Religious leaders
 - Youth groups and students.

N.B.: This is in accordance to clause 3-(1) (0) of the village Land Act, 1999 which Reads: To encourage the dissemination of information about land administration and Land Law as provided for by this Act through programmes of public and adult education, using all forms of media.

(ii) Lobby policy makers to amend certain Rules in the customary Declaration order of 1963 that discriminate women from having equal right of inheritance.

(iii) Conduct a campaign on security of tenure.

(iv) Conduct Human rights and legal literacy training.

There is need to sensitize the society on women's rights. Sensitization should aim at changing people's altitude and way of thinking. Rural populations should be made aware of legal provisions on equality of the sexes. Awareness should be created on laws relating to marriage and property rights, inheritance, constitutional rights and the land laws.

(v) NGOs should build networks, or coalitions for lobbying and advocacy. In this case the networks should identify required legal changes first.

Also network with like-minded actors who are working on the same issues in other countries.

Der Zugang und die Verteilung von Land

Luise Steinwachs (Bielefeld)

Land ist in Tanzania ein öffentliches Gut. Der Präsident besitzt alles Land im Namen der gesamten Nation. Personen kommen in den Besitz von Land hauptsächlich durch Zuteilung durch den Staat, durch Vererbung oder durch monetäre Transaktionen. Die Zuerkennung von Land durch den Staat kann für einen Zeitraum von bis zu 99 Jahren gelten. Personen erhalten dann einen Landtitel, haben aber dafür Gebühren und Pachten zu zahlen. Wie jedoch vielfach berichtet wird, findet ein Großteil des Erwerbs vor allem von städtischem Land im „unofficial system“ statt, und zwar zu sehr hohen Preisen. Da es offiziell keinen Markt zum Kauf bzw. Verkauf von Land gibt, werden Landtitel gehandelt, wobei dann „compensation“ zu zahlen ist.

Der Zugang zu Land ist für die Mehrheit der ländlichen tanzanischen Bevölkerung über Vererbung organisiert. Diese verläuft zumeist, in Tanzania zu 80 Prozent, über die männliche Linie der Nachkommen, wodurch Frauen von dem Zugang und der Nutzung von Land ausgeschlossen sind. Kompliziert wird die Situation dadurch, dass in Tanzania unterschiedliche rechtliche Normen zugleich gelten. Die Vererbung von Besitzum und Land wird zumeist über kodifiziertes Gewohnheitsrecht geregelt. Hier heißt es: „The widow has no share of the inheritance, if the deceased left relatives of his clan, her share is to be cared for by her children just as she cared for them“ (Rule 27, Customary Law (Declaration) Order 1963). Nach diesem Recht können Frauen allerhöchstens Nutzungsrechte an Land erben, um während ihrer Lebenszeit ihre Lebens-

grundlage zu sichern. Häufig hängen Frauen also nach dem Tode ihrer Ehemänner vollständig von der Versorgung durch ihre Kinder, die das gesamte Land erben, ab.

Wie erwähnt, gibt es jedoch neben dem Gewohnheitsrecht weitere rechtliche Regelungen wie religiöses Recht oder staatliches Recht. Es stellt sich die Frage, welches Recht für wen anwendbar ist. Dabei wird davon ausgegangen, dass Gewohnheitsrecht für all diejenigen zutrifft, die nicht durch entsprechende religiöse Praktiken (z.B. des Islam) oder durch schriftlich oder mündlich hinterlassene Äußerungen belegen können, dass sie einem anderen als dem Gewohnheitsrecht unterliegen. Wenn also nichts Gegenteiliges nachgewiesen werden kann, folgen allgemein Personen in ländlichen Gegenden Regelungen des Gewohnheitsrechtes, außer sie unterliegen als Muslime islamischem Recht. Christen, die nachweisen können, dass sie nicht gewohnheitsrechtlichen Normen und Regelungen folgen, und Bevölkerung europäischer Herkunft unterliegen staatlichem Recht. Somit treffen für die überwiegende Mehrheit der vor allem in ländlichen Gegenden lebenden tanzanischen Bevölkerung die für Frauen stark benachteiligenden Regelungen zu, denen entsprechend Land über männliche Nachkommen vererbt wird. Frauen können demnach keinen eigenen Zugang zu Land über Vererbung erlangen.

Es eröffnen sich durch die komplizierte rechtliche Situation jedoch auch neue Möglichkeiten, nämlich da, wo explizit vom Gewohnheitsrecht abgewichen wird. Es ist

Thema: Landnutzung

zum Beispiel durchaus möglich, Land auch an Töchter zu vererben, wenn dies ausdrücklich geäußert wird. Zum Beispiel erzählt Mary, die in Dar es Salaam lebende Tochter einer in einer ländlichen Gegend lebenden Familie: „Es stimmt, in vielen Großfamilien wird an eine Frau kein Land vererbt, weil sie meinen, dass sie, wenn sie verheiratet ist und in eine andere Großfamilie geht, nicht mehr zu der ursprünglichen Großfamilie gehört. Aber unser Vater hat das nicht so gemacht. In Kijiji hat er für uns Töchter auch schon Land herausgegeben“ (Mary 2001).

Neben rechtlichen Regelungen zur Vererbung gibt es Gesetze, die sich direkt auf den Zugang und Besitz von Land beziehen. In zwei relativ neu erlassenen Gesetzen (Land Act 1999 und Village Land Act 1999), die 2001 in Kraft traten, wird gleiches Recht von Frauen und Männern festgestellt: „(2) The right of every adult woman to acquire, hold, use, deal with, and transmit land shall to the same extent and subject to the same restrictions be treated as a right of any adult man is hereby declared to be law“ (Land Act 1999). „Any rule of customary law and any decision taken in respect of land held under customary tenure, whether in respect of land held individually or communally, shall have regard to the custom, traditions, and practices of the community concerned and the rule of customary law or any such decision in respect of land held under customary tenure shall be void and inoperative and shall not be given effect to by any village council or village assembly or any person or body of persons exercising any authority over village land or in respect of any court or other body, to the extent to which it denies women, children or persons with disability lawful access to ownership, occupation or use of any such land“ (Sub-section

20(2) Village Land Act, 1999). Zwar wird in diesen Gesetzen gleiches Recht von Frauen und Männern, was den Besitz von Land angeht, festgeschrieben, aber da die Vererbung, welche der vorrangige Form der Landzuteilung ist, zumeist gewohnheitsrechtlichen und Frauen benachteiligenden Regelungen folgt, sind Frauen trotz dieser gesetzlichen Gleichheit benachteiligt.

Eine weitere komplizierte Situation bezogen auf Land ergibt sich durch das Zusammenspiel von Vererbungsregelungen und zivilem Eherecht. Entsprechende dem für alle geltenden zivilen Eherecht wird bei Scheidungen davon ausgegangen, dass beide bzw. alle Ehepartner (in polygynen Ehen auf alle Ehefrauen und den Ehemann) den gemeinsamen Besitz zusammen erwirtschaftet haben. Im Falle einer Scheidung muss es demnach eine Güterteilung geben. Ausdrücklich wird im Eherecht auch auf Land Bezug genommen. Anrechte auf Land erstrecken sich demnach auf alle Ehepartner, sobald diese gemeinsam in das Land investiert haben. „Where any land held for a right of occupancy is held in the name of one spouse only but the other spouse or spouses contributed by their labour to the productivity, upkeep and improvement of the land, that spouse or those spouses shall be deemed by virtue of that labour to have acquired an interest in that land in the nature of a joint occupancy of that land with the other spouse in whose name the certificate of occupancy or customary certificate of occupancy has been registered“ (Law of Marriage Act 1971). Im Falle einer Scheidung muss demnach auch Land unter den Ehepartnern aufgeteilt werden.

Ein Hauptargument, welches die Vererbung von Land über die männliche Linie verteidigt und damit den Zugang von Frauen zu

Thema: Landnutzung

Land einschränkt, bezieht sich auf die Heirat von Frauen und den damit zusammenhängenden Wechsel in eine andere Familie. Mit diesem Wechsel würde Land, das vorrangig als Familienland verstanden wird, in andere familiäre Linien übergehen. Eine ähnliche Situation ergibt sich, wenn nach Ehescheidungen Land in die familiäre Linie der Ehefrau übergehen würde. Um dies zu vermeiden, werden verschiedene Strategien entwickelt. Es lässt sich zum Beispiel die Situation finden, dass die ältere Generation das Anrecht auf das gesamte Familienland bis zum Tode behält, obwohl die nächste Generation schon Teile des Landes in eigener Verantwortung bewirtschaftet. „Der Vater sagt, arbeite hier und da. Selbst die Kinder, die in der Stadt wohnen, haben hier ein Feld. Zum Beispiel Mary und Stewart, sie haben Felder hier im Ort. Mary bekommt Nahrungsmittel aus Kijiji (Mais) von ihrem eigenen Feld. Die Eltern machen die Arbeit auf Marys Feld, aber es ist bekannt, wem das Feld gehört. Stewart könnte das Feld, das er erben wird, vom alten Vater kaufen, um es jetzt schon seinen eigenen Kindern zu vererben. Normalerweise ist nicht genau bekannt, welches Feld oder Landstück die Kinder erben werden. Sondern es wird gesagt, arbeite hier und da. Aber das Erbe selbst ist nicht bekannt. Es ist aufgeschrieben, aber als Geheimnis der Eltern. Wenn er [der Vater] stirbt, dann wird es offen sein. Dann kann sich auch niemand mehr beschweren“ (Steven 2001). Gleichzeitig mit dem geheimen Aufschreiben der Erbanteile wird die von den Kindern geleistete Unterstützung der Eltern ebenfalls aufgeschrieben. Diese direkte Verknüpfung von Erbanteilen und an Eltern geleistete (finanzielle) Unterstützung ist eine Strategie, die die jüngere Generation an die ältere bindet und über die Leistungen eingefordert werden können. So ist die Möglichkeit der

Bewirtschaftung des den Geschwistern zugewiesenen Landes und die Aussicht auf das spätere Erbe Teil der alltäglichen Sicherungsbeziehungen zwischen den Generationen. In diese Beziehungen sind in vorliegendem Falle auch die Töchter einbezogen, da ihnen das Erbe von Land ebenfalls in Aussicht gestellt wird. Jedoch wird die Möglichkeit, dass Ehefrauen der Söhne im Falle von Scheidungen die Hälfte des gemeinsam bewirtschafteten Landes erhalten, mit dieser Strategie ausgeschlossen.

Eine weitere übliche Praxis, die den Anspruch der Ehefrau auf Land im Falle von Scheidungen vermeidet, richtet sich auf die Registrierung von Land. Ähnlich wie bei obiger Familie, wo der alte Vater offiziell der alleinige Besitzer des Familienlandes ist, registrieren Ehemänner ihr ererbtes Land im Namen einer anderen Person. So wird Land zwar gemeinsam von Ehepartnern bewirtschaftet, aber im Falle einer Scheidung steht es nicht bei einer Güterteilung zur Disposition.

Selbst wenn das Land als Besitz des Ehemanns registriert ist und alle Ehepartner gemeinsam auf dem Land arbeiten, so verlieren Frauen im Todesfall des Mannes sofort alle Anrechte auf den Besitz des Landes, da diese Situation der gewohnheitsrechtlich geregelten Erbpraxis und nicht mehr dem zivilen Eherecht unterliegt. Ihnen bleibt im besten Falle ein Nutzungsrecht auf Lebzeiten. Im Hinblick auf die Nutzung von Land kann die Situation einer Scheidung für Frauen daher vorteilhafter sein als die ohnehin sozial sehr schwierige Position in Witwenschaft. Jedoch gibt es auch bei Scheidungen Berichte über Gerichtsverhandlungen, in denen zum Beispiel die Investition der Arbeit der Ehefrau in das gemeinsam bewirtschaftete Land als „assistance to her husband’s economic enterprise as wifely

Thema: Landnutzung

duty“ deklariert wurde, woraufhin sie keinen Anspruch auf die Hälfte des Besitzes erhielt.

Zwar sind Frauen diejenigen, die zumeist die Lebensgrundlagen von Familien in eigener Verantwortung sichern, was sich besonders auf die Ernährung der Familienmitglieder, die Versorgung alter und kranker Personen und die Bewirtschaftung von Land bezieht. Gleichzeitig wird aber die komplizierte rechtliche Situation noch immer in den meisten Fällen zum Nachteil von Frauen ausgelegt. Frauen werden zumeist von ihrer Herkunftsfamilie aus als Mitglieder gesehen, die bei einer Heirat die Familie verlassen. „Girls are travellers. Why should I support somebody’s wife?“ ist eine häufig geäußerte Frage. Gleichzeitig eröffnen sich aber auch, unterstützt durch neue gesetzli-

che Erlasse, neue Möglichkeiten, die jedoch bewusst genutzt werden müssen wie zum Beispiel die Vererbung von Land an Töchter. Wird Land ebenso an Töchter wie an Söhne vererbt, so steht diese Praxis insbesondere im Zusammenhang mit Netzwerken gegenseitiger Unterstützung, die sich in Familienzusammenhängen entwickelt haben. Zu dieser Unterstützung gehört auch die wechselseitige Sicherung der Lebensgrundlagen einschließlich der Versorgung alter und kranker Familienangehöriger und die gleichzeitige gegenseitige Unterstützung aller Familienmitglieder beim Zugang zu Land, hier eben auch der Frauen.

Luise Steinwachs, Koordinationsstelle
Markgrafenstr. 7, 33602 Bielefeld
tel 0521-560 46 78, fax 0521-560 46 79
ks@tanzania-network.de

Farmer-Field-Schools:

Ein partizipatives Beratungskonzept im Integrierten Pflanzenschutz

Dr. Wolf-Dietrich Paul (Stuttgart)

Das Vorurteil, dass besserwisserische Experten unwissenden Bauern erfolglos moderne Landwirtschaftsmethoden beizubringen versuchen und ihnen teure Pestizide andrehen, muss begraben werden, wenn man die Arbeitsweise des Integrierten Pflanzenschutzprojektes der Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) betrachtet. Hier wurden die Bauern als mit Klima, Anbaubedingungen und Kulturen erfahrene, lokale Experten betrachtet. Durch beratungsorientierte Pflanzenschutzfachleute wurden Bauern und Bäuerinnen in die Lage versetzt, selbständig Lösungen für ihre selbstdefinierten Probleme gemeinsam mit

einheimischen und deutschen Fachkräften zu erarbeiten.

Unter aktiver Mitwirkung der Zielgruppen wurde zum einen ein praxisnaher, partizipativer Beratungsansatz erarbeitet und gleichzeitig die Beratungsinhalte – Empfehlungen zum Integrierten Pflanzenschutz – mit Hilfe von Bauerngruppen in sog. *Farmer-Field-Schools* entwickelt. Zusammen mit dem staatlichen Beratungsdienst wurden in drei Distrikten der Regionen Arusha und Kilimanjaro 14 Kleinbauerngruppen in 12 Pilotdörfern aufgebaut. Fachliche Unterstützung kam von nationalen und internationalen Forschungsinstituten. In den Anbausys-

HABARI 1 / 2004

Thema: Landnutzung

temen Kaffee/Bananen, Gemüse (Tomaten, Kohl, Zwiebeln) und Mais/Bohnen wurden an die lokalen Bedingungen angepasste, einfache und kostengünstige Konzepte, sogenannte integrierte Verfahren zur Verminderung von Ernteverlusten durch Krankheiten und Schädlinge erarbeitet. Umweltverträglichkeit durch Minimierung des Pestizideinsatzes und die Mitarbeit von Frauen (*gender-orientation*) hatten hierbei Priorität.

Das auf 10 Jahre angelegte GTZ-Projekt begann im Jahre 1992 mit der Methodenentwicklung im Shinyanga-Distrikt. Die Projektleitung erfolgte von Dar es Salaam aus, wo parallel zur praktischen Projektarbeit die tansanische Pflanzenschutzgesetzgebung modernisiert wurde. Insgesamt waren bis zu drei deutsche Experten als Berater tätig. 1997 wurden die Aktivitäten auf die Regionen Arusha und Kilimanjaro ausgedehnt. Das technische Personal bestand dort neben den zwei GTZ-Experten/innen aus einer tansanischen Koordinatorin vom tansanischen Pflanzenschutzdienst und zwei direkten Counterparts. Die drei Distrikte stellten jeweils zwei Berater/innen (Pflanzenschutz und Gartenbau) sowie insgesamt 12 Dorfberater zur Verfügung.

Ab 2001 erfolgte die Verbreitung des Konzeptes in fast allen Distrikten der Nordregion und nach Übernahme durch das Landwirtschaftsministerium in weiteren Regionen Tansanias. Im Jahre 2003 wurde das deutsche Projekt übergeben und die externe Finanzierung beendet.

Entwicklung partizipativer Methoden im Integrierten Pflanzenschutz

Das Entwicklungs-Ziel unseres Projektes war ein höheres Einkommen für die Fami-

lien-Betriebe durch den verringerten Einsatz teurer Inputs und durch die Steigerung der Erträge.

Als Problem wurden hohe Ernteverluste aufgrund von Krankheiten und Schädlingen festgestellt, die vornehmlich präventiv mit chemischen Pflanzenschutz-Methoden bekämpft werden. Der Einsatz von Pestiziden erfolgte nicht umwelt- und anwenderfreundlich und war oft unökonomisch. Die Ausgangssituation war durch folgende Rahmenbedingungen gekennzeichnet:

- Auf Distrikt- und Dorfebene gab es z.T. qualifiziertes tansanisches Beratungspersonal.
- Die Kenntnisse der Berater beschränkten sich aber auf den chemischen Pflanzenschutz.
- Die Pestizide sind teuer; es gibt nur wenige, oft veraltete Mittel.
- Als Beratungsansatz diente bisher das „*Training and visit*-System“ der Weltbank, das festgelegte Beratungsinhalte mit autoritärem „*Top-down-Ansatz*“ vermittelt.
- Die oft geringe praktische Erfahrung der Berater/innen führte zu mangelnder Akzeptanz ihrer Arbeit.
- Die Distrikt-Berater/innen waren kaum vor Ort in den Dörfern tätig.
- Die staatlichen Forschungsinstitute hatten kaum praxisorientierte Verfahren entwickelt.
- V.a. die Kaffee-Bauern betrieben präventiven Pflanzenschutz mit Kalenderspritzungen.
- Der Einsatz der Mittel erfolgte unregelmäßig, je nach Verfügung von Bargeld.
- Das Gesundheits- und Umweltbewusstsein der Bauern ist gestiegen.

Unser Konzept, direkt vor Ort mit Bauerngruppen zusammenzuarbeiten, um gemeinsam zu lernen und Lösungen selbständig zu

Thema: Landnutzung

entwickeln, stieß auf großes Interesse. Anfänglich waren allerdings viele Hürden zu überwinden, denn die neuartige, partizipative Vorgehensweise war völlig unbekannt. Noch lange Zeit nach Beginn unserer Arbeit wurde alles von „den Experten“ erwartet und Anregungen durch uns als: „*Mwalimu amesema*“ übersetzt, d.h.: „der Lehrer hat gesagt“. Die Erwartungshaltung war trotz gegenteiliger Verlautbarung von Projektseite vielfach von der Hoffnung auf materielle Leistungen geprägt.

Das Farmer-Field-School Konzept

Als Orientierung diente uns der *Farmer-Field-School*-Ansatz der Food and Agriculture Organisation (FAO United Nations), der im Reisanbau in Südostasien entwickelt wurde. Er setzt auf Selbsthilfe und berücksichtigt auch schlechte Erfahrungen mit ineffektiven, staatlichen Beartungsdiensten. Grundprinzip ist dabei, die Bauern selbst in die Lage zu versetzen, sogenannte „*informed decisions*“ zu treffen. Das heißt, auf der Basis eines Grundtrainings in Integriertem Pflanzenschutz (IPM) nach gründlicher Beobachtung des Agroökosystems selbständig Entscheidungen zu Anbau- und Pflanzenschutz-Maßnahmen zu treffen. Hierzu werden Bauerngruppen gegründet, die in regelmäßigen Treffen Anbauversuche durchführen. Das Konzept beruht auf einer gründlichen Ausbildung der Berater (*Training of trainers*) und der Bauern über mindestens eine Vegetationsperiode hinweg, in der die IPM-Verfahren durch Anbau der Kultur erlernt und erprobt werden. Die Ausbilder sind hier lediglich in einer Moderatorenrolle; alle Entscheidungen werden durch die

Gruppe getroffen und nur – falls nötig – vom Trainer hinterfragt.

Diese Vorgehensweise erwies sich als äußerst attraktiv und effektiv und wird inzwischen weltweit eingesetzt. Sie ist jedoch auch recht zeit- und kostenaufwendig und nur bei gesicherter Finanzierung in der Fläche breitenwirksam. In komplizierteren Mischkultur-Anbausystemen fehlten ferner bislang Erfahrungen.

Die Anpassung an die lokalen Verhältnisse

Die Vorlaufzeit, die hier in die Ausbildung der Berater investiert wird, fehlte uns völlig. Nach Aufbau der Projektlogistik und kurz nach Gründung der Gruppen durch die Dorfberater nahte die Regenzeit und so begannen wir auf Druck der Bauern schon bald mit der praktischen Arbeit. Dieser Zeitmangel, der anfangs z.T. auf Kosten der Professionalität ging, geriet uns im Laufe der Zeit zum Vorteil: Die Vermittlung von Wissen vor Ort und am Objekt durch „*learning by doing*“ und der Erfahrungsaustausch mit den Bauern war auch für die Berater sichtlich effektiver als ein theoretisches „*classroom-training*“. Selbst die daraus folgende anfängliche Unsicherheit konnte positiv gewendet werden. Denn die Bauern fühlten sich als Praktiker ernst genommen und waren durchaus bereit, Risiken auf sich zu nehmen, um aus den Versuchen zu lernen. Die Berater gaben ihr – anfänglich beschränktes – Wissen weiter und konnten die vom Projekt als Optionen vorgeschlagenen Verfahren praktisch erproben; im Zweifelsfall erhielten sie professionelle Unterstützung durch häufige Besuche externer Experten und Projektmitarbeiter.

Thema: Landnutzung

Wodurch unterscheidet sich nun der partizipative Ansatz von anderen Systemen?

Die Zusammenarbeit mit der Zielgruppe, das Vor-Ort-Arbeiten und die Gruppenberatung allein reichen hierfür nicht aus. Im bisherigen autoritären System hatten die Berater/innen die Rolle von Lehrern, die den Bauern neue Technologien eintrichtern. Diese Technologien waren oft unausgereift und unangepasst oder praxisfern. Im günstigsten Fall weigerten sich die vorsichtig-konservativen bäuerlichen Adressaten, solche oft falschen Ratschläge zu übernehmen. Die häufig über wenig praktische Erfahrungen verfügenden Berater/innen sahen sich nicht als Partner der Bauern, sondern traten z.T. arrogant als Experten auf.

Der in der Entwicklungszusammenarbeit derzeit allgemein akzeptierte partizipative Ansatz wurde von uns so interpretiert, dass unsere Zielgruppe im Prozess der Entwicklung angepasster Beratungsinhalte als aktives Element und Subjekt, also nicht als Objekt von Beratung angesehen wurde, mit der die Methoden und Empfehlungen gemeinsam empirisch basiert erarbeitet wurden.

IPM-Projekt Arusha: Unsere Arbeit mit Feld- Bauernschulen

Bei der Entwicklung des Ansatzes gingen wir in folgenden Schritten vor:
Der Beratungsdienst der Landwirtschaftsverwaltung wählte in drei verkehrsgünstig gelegenen Distrikten je drei bis vier Dörfer mit fähigen Dorfberatern aus. Die Ausgangslage wurde in einem *baseline survey* durch eine Befragung erfasst. Schädlinge und Pflanzenkrankheiten waren tatsächlich

Schlüsselprobleme. Auf Dorfversammlungen wurden interessierte Bauern informiert, und mit Hilfe der lokalen Dorfberater der Landwirtschaftsverwaltung wurden eine bis zwei IPM-Arbeitsgruppen mit ca. 20 Teilnehmern gebildet. Frauen wurden explizit zur Teilnahme aufgefordert. Ausgehend von einer Problemanalyse, in der die Hauptkulturen mit den wichtigsten Pflanzenschutzproblemen definiert wurden, erfolgte eine Festlegung der Prioritäten (*ranking*) durch die Kleinbauern selbst. Anschließend wurden die vorhandenen, allgemein üblichen Bekämpfungsmethoden erhoben. Dabei wurde besonderer Stellenwert auf alte traditionelle, wie z.B. mechanische Bekämpfung, Kulturmethoden und biologische Verfahren gelegt. Nach einer Bestimmung der Schadorganismen durch GTZ-Experten folgte eine Zusammenstellung bekannter IPM-Kontrollmethoden und möglicher Empfehlungen. Aus diesen Optionen wurde von den Bauerngruppen ein Paket praktizierbarer Kontrollmaßnahmen ausgewählt. Darunter fielen z.B. die Auswahl resistenter Sorten, Fruchtfolgegewechsel, neue Saatbeetmethoden, Monitoring von Schädlingen, Verwendung selbst hergestellter Pflanzenschutzmittel auf pflanzlicher Basis, mechanische Entfernung von Schädlingen oder kranken Pflanzenteilen. In durch Gruppen angelegten Versuchen auf eigenen Feldern wurde die vor Ort allgemein üblichen konventionellen Anbauverfahren mit dem alternativen integrierten Bewirtschaftungssystem verglichen. Bei regelmäßigen, wöchentlichen oder 14-tägigen Besuchen des Projektpersonals und der lokalen Dorfberater wurde die Entwicklung der Kultur und der Schadorganismen (*scouting* oder *monitoring*) in den verschiedenen Feldern gemeinsam mit der Gruppe begutachtet, verglichen und schriftlich festgehalten. Die Leitung der Treffen, die meist im Feld stattfanden, sowie die

Thema: Landnutzung

Aufzeichnungen erfolgten anfangs durch das GTZ-Projektpersonal bzw. die Distriktberater. Ziel war, dass dies durch die Dorfberater und Bauern selbst erfolgt. Im Verlauf der ca. 3-4-stündigen Besuche wurde nach gemeinsamer Diskussion die aufgrund der Befallslage als erforderlich gehaltenen Maßnahmen beschlossen und einige Tage später dann selbständig durchgeführt. Pestizide wurden auf den IPM-Feldern nur bei Vorkommen von Schädlingen bzw. beim Auftreten für Infektionen günstiger Bedingungen eingesetzt. Bei den Treffen wurden je nach Erfordernis Spezialthemen behandelt, so zur Biologie von Schädlingen und Nützlingen, zur Bekämpfung von Schadorganismen oder zur Herstellung und Anwendung alternativer Pflanzenschutzmittel. Falls notwendig wurden auch Experten der Forschungsstationen zu Trainingssitzungen eingeladen. Zur Ausbildung der Berater wurden parallel zur praktischen Gruppenarbeit formelle Kurse zum Thema Beratungsmethodik, Kommunikation, IPM in den jeweiligen Kulturen sowie Selbsterstellung alternativer Pflanzenschutzmittel durchgeführt.

Großer Wert wurde auf die Bewertung der Ergebnisse und die Übernahme von erprobten Methoden und von der Beratungsmethodik durch die Mitglieder gelegt. Hierzu gab es spezielle Diskussionssitzungen zur Versuchsauswertung und zur Bewertung der bisherigen Arbeit im Hinblick auf die Verwendbarkeit im eigenen Betriebssystem. Eine Verifikation der Übernahme neuer Methoden erfolgte durch Feldbesuche auf den Farmen der Mitglieder. Zur Erhöhung der Motivation und zur Ausbildung wurden Besuche bei anderen IPM-Bauerngruppen und Versuchsbesichtigungen auf Forschungsstationen arrangiert. Am Ende der ersten Phase des Projektes nach bereits an-

derhalb Jahren führten die Gruppen ihre Arbeitsergebnisse den anderen Dorfbewohnern und den Dorf- und Distriktautoritäten auf „*Farmer field days*“ vor.

Projektergebnisse:

Am Ende der dreijährigen Pilotphase standen folgende Ergebnisse:

- Ein neuartiges Beratungskonzept, das nicht nur für den Pflanzenschutz geeignet ist,
- ein Stab nicht nur technisch, sondern auch methodisch ausgebildeter, hochmotivierter Fachkräfte auf Projekt-, Pilotdistrikt- und Dorfebene,
- intensiv ausgebildete Bauern in den Pilotdörfern, die als Multiplikatoren wirken,
- großes Innovationsinteresse und Bereitschaft zu eigenen Versuchen bei den Bauern,
- ein Katalog praxisnaher IPM-Optionen für die Hauptkulturen der Region,
- praktische Erfahrungen mit der Anwendung alternativer Pflanzenschutzmittel im Feld,
- Empfehlungen zur Anwendung von alternativen Substanzen wie Neem-Extrakten,
- beträchtliche Ertragssteigerungen gegenüber konventionell bewirtschafteten Feldern,
- überall deutliche Einsparungen an chemischen Pflanzenschutzmitteln.

Nachhaltige Weiterführung der IPM-Aktivitäten

Nachdem das Konzept in Arusha in den ersten drei Jahren in einer intensiven Pilotphase erarbeitet und erprobt worden war, wurde das dortige GTZ-Beratungsteam verkleinert. In einer zweiten extensiveren Phase wurde eine höhere Breitenwirksamkeit er-

Thema: Landnutzung

zielt und die Projektaktivitäten wurden auf alle agrarwirtschaftlich produktiven Distrikte in der Nordregion ausgedehnt. Um eine langfristige Wirkung zu erzielen, wurde eine verstärkte Integration der Aktivitäten in den Beratungsdienst der Distriktverwaltung und v.a. auch die schrittweise Übernahme der finanziellen Verantwortung der Distrikte für die Weiterführung der Aktivitäten betrieben. Im Jahre 2003 wurde das deutsche Projekt erfolgreich übergeben und die ex-

terne Finanzierung beendet. Der Beratungsansatz wird nun von der tansanischen Regierung in eigener Verantwortung in allen Regionen Tansanias weiter verbreitet.

(Integrated Pest Management Project (IPM), P.O. Box 1519, Dar es Salaam)
Dr. Wolf-Dietrich Paul, Uhlbacher Str.
118, 70329 Stuttgart,
Wolf-Dietrich.Paul@stuttgart.de

The Impact of soil management on land use and rural development

Jens Peter Møberg

The goals of proper land use and rural development in Tanzania are here considered to be as follows:

- To increase crop production to such an extent, that the growing population both can be well fed and at the same time provide a surplus of agricultural products for export to pay for the needed inputs for that production.
- Instead of letting this increase in crop production depend on further expansion of marginal land brought under cultivation, the increase should take place in such a way, that it can be achieved without any degradation of the soil.
- Avoiding soil pollution and deterioration of the environment.
- As far as possible, the increase in crop production should be achieved on a viable economical basis.

After approximately forty years of work with soil management and agricultural development in Tanzania and other countries

in the tropics, I find, that when considering these goals, the following should be taken into consideration:

The availability of at least some plant nutrients is very low in most well-drained soils in Tanzania. In some case this may be due to deficiency of some of these nutrients, in other case due to imbalances between some of the plant nutrients. The results of an investigation carried out in different parts of Tanzania in recent years illustrated this. Some items of that investigation will be presented later.

Leaving out the problem of soil crusting and the question about water supply, the physical conditions of well-drained soils in Tanzania will not normally prevent a much higher crop production than the one presently achieved.

In any way, the water supplies in these soils are often found to be more related to the chemical than the physical conditions of these soils. For instance, aluminium toxicity and lack of plant nutrients in the subsoil

Thema: Landnutzung

prevent the plants to make optimum use of the available water stored in the maximum root zone of the soil. Such lack of water leads often to heavy attack of termites on the crops, when dry spells occur during the growing season.

The chemical and physical problems considered may be reduced by optimum utilisation of manure, green manure, compost, and plant residues, but it cannot solve the lack of plant nutrients caused by leaching over centuries of years and by export of plant nutrients in crops from the area.

By increasing the crop production substantially on the land best suitable for crop production, it should be possible to avoid further encroachment of marginal land, and even result in stopping cultivating of some of the marginal land already brought under cultivation.

Very few relevant investigations have yet been carried out in the field of pollution of soils in Tanzania. And when it has been considered, data from what have been achieved in temperate areas have in most cases been used. This in spite of the fact, that the conditions, at least in case of most well drained soils in Tanzania, are quite different than from those in the temperate soils. For instance, in case of nitrogen, in temperate areas most of that plant nutrient is reaching the ground water table during the winter, when crop growth is limited, whereas very little leaching is taken place in the well-drained soils in Tanzania during the dry season. On the other hand, both in temperate soils and in the soils in Tanzania, very little leaching of nitrogen takes place during the cropping season.

In case of phosphorus, which more and more is considered a soil pollutant in temperate areas, the conditions in the well-drained soils in Tanzania are generally quite different from those found in temperate

soils. The Fe-oxyhydroxide-rich, well-drained soils in Tanzania have a far larger capacity to retain phosphate than almost all types of temperate soils, therefore phosphorus will certainly not be a pollution problem in those soils.

Likewise, investigations of pollution by the different types of insecticides, fungicides, and herbicides of the well-drained soils of Tanzania are still very scarce. It may be expected that the higher temperature there may cause more a rapid breakdown of such chemicals than is the case in temperate soils. So it may be concluded, that the soil pollution problems may no doubt be less or at least different from what one would expect from the results of the investigations carried out on temperate soils.

When considering the economic viability, the main problem is no doubt the cost of transportation of the inputs needed for crop growth and that of the outputs of that production. The further one gets away from the Tanzanian coast and from the more well functioning infrastructures the less economical viable is the optimum form for crop production. Without some types for subsistence, for instance in form of reduced prices on the inputs needed for increases in crop production and development of the transport-system, limited improvement of land use can be expected in the backyard areas of Tanzania.

I finally want to mention a few results obtained from five years investigation recently finished involving use of local available phosphate rock for maize production on well-drained soils in eight different regions of Tanzania, as it may throw some light on the plant nutrient problems considered above. The investigation were carried out on plots spread from the Tanga area in the Northeast to the Sumbawanga area in the

Thema: Landnutzung

Southwest, from the Mbeya area in the south to the Buhaya area in the north, and at the Morogoro areas presenting the more east-central part of Tanzania.

The investigation quickly revealed that not only nitrogen and phosphate fertilisers were needed to optimise the maize production, but other plant nutrients were required as well and some plant nutrient balances had to be corrected. By supplying the needed plant nutrients in the proper amounts, it was for instance possible to increase the maize production on a soil in the Mbeya area from less than 500 kg/ha to around 5000 kg/ha. The problems were partly strong deficiency of micro nutrients such as copper, zinc and boron and presence of so large an amount of potassium, that it caused magnesium deficiency. In the Bukoba area the correction of deficiency of potassium, calcium and phosphorus resulted in a yield increase of maize from less than 1000 kg/ha to above 4000

kg/ha. In the Morogoro area a proper supply of plant nutrients to the surface soil did not result in a yield of more than about 4000 kg/ha, as the aluminium toxicity in the sub-soil prevented optimum use of the available water in that soil.

The investigations reveal among other, that there is a need for a fertiliser factory, which can supply a number of assorted types of mixed fertilisers, so the different parts of Tanzania can be provided with a fertiliser mix, which is just suitable for the soils in that area. This would certainly be of help for the agriculture extension personnel in the different parts of the country, and also make it possible to secure improvement of the land use and rural development in Tanzania.

Jens Peter Møberg, Tamsbergvej 25
DK 3400 Hillerød,
i.jpm@post.opasia.dk

Zehn Jahre später *Eindrücke einer Tanzaniareise in die Usambaraberge*

Jens Pfeil (Königslutter)

Von 1986 bis Ende 1993 hatten wir (Familie Dorothee und Jens Pfeil) für die lutherische Kirche Tanzanias im Land- und Forstwirtschaftsbereich auf der Irente Farm in den Usambarabergen gearbeitet. In den ersten Jahren haben wir noch die Ausläufer des tanzanischen Sozialismus erlebt sowie die Wende zur ersten freien Wahl und Öffnung des Landes zur Marktwirtschaft. Wir haben zwar seither die Entwicklung Tanzanias in der Presse und durch persönliche Kontakte verfolgt, doch nun hatte ich nach fast 10

Jahren die Gelegenheit, mir selbst ein Bild der Entwicklung vor Ort zu machen.

Umwelt und Landnutzung

Der Besuch im Regenwald in den Usambara Bergen ist für Touristen mit US\$ 5 pro Person gebührenpflichtig. Dieses Geld soll für den Schutz und auch eine weitere touristische Erschließung des Naturwaldes dienen. Ob das allein allerdings den Einheimischen hilft, den Wert dieser Naturschutzgebiete zu erkennen, und ob sie längerfristig an den

HABARI 1 / 2004

Thema: Landnutzung

Einnahmen partizipieren, scheint mir eher fraglich. Für viele Anwohner der Regenwälder, die durch das starke Bevölkerungswachstum (ca. 3 % bezogen aufs Vorjahr bei einer Bevölkerung von ca. 230 pro km²) immer weniger Land zur Verfügung haben, geht es um das nackte Überleben. Ein großes Problem liegt in der traditionellen Aufteilung im Erbfall, bei der in der Regel die Landflächen unter den männlichen Erben nach dem Tod (und auch erst dann) zu gleichen Teilen aufgeteilt wird. Die Ackerflächen pro Familie werden immer kleiner, und so bieten die geschützten Wälder Futterfläche für die Tiere und andere Zusatzeinkünfte z.B. für Bauholz und Holzkohle, mit denen man einen recht guten Preis erzielen kann.

Der Hauptenergieträger zum Kochen ist nach wie vor Holz. Dass beim Herstellen von Holzkohle dann auch mal der Regenwald großflächig abbrennt, wird in Kauf genommen. Besonders deutlich wird dies, wenn man die Baumruinen im Schutzgebiet zwischen Magamba und Irente sieht. Mahnend stehen dort weithin sichtbar einige verkohlte Baumreste. Der Rohstoff Holz wird dadurch noch knapper. Die Wetterverläufe (Regen- und Trockenzeiten) verändern sich und machen die landwirtschaftliche Produktion schwer berechenbar, ganze Ernten vertrocknen oder werden von starken Niederschlägen davon gespült. Dieses Problem ist längst erkannt und Millionen von Bäumen sind in den Usambarbergen, von Entwicklungshilfeprojekten begleitet, gepflanzt worden. Aber der Bedarf an Holz ist inzwischen so groß, dass auch schon dünne Bäume wieder der Axt oder Säge zum Opfer fallen. Das Holz wird zu Bauholz oder zum Kochen gebraucht oder auch, um Geld für die Schulausbildung der Kinder oder Verbrauchsgüter zu erhalten.

Nach wie vor sieht man an vielen Stellen starke Bodenerosion und Erosionsrillen mit z.T. mehr als zwei Metern Tiefe. Erschreckend für mich, wie wenig nachhaltig Entwicklungshilfe die Gewohnheiten der Menschen zu verändern vermag, wo doch insbesondere in den Usambarbergen jahrelang Entwicklungshilfe, schwerpunktmäßig zur Vermeidung von Bodenerosion und Wiederaufforstung, geleistet wurde. Hier tut es noch in viel stärkerem Ausmaß Not, der Bevölkerung die Überlebenswichtigkeit der Waldbestände als Klimagarant und besonders auch als Wasserspeicher für Trinkwasser und Bewässerung zu vermitteln.

Trotz allen Schwarzsehens und -malens gibt es aber auch immer wieder kleine Lichtblicke. So bin ich auch Menschen begegnet, die die Ansätze von Agroforstwirtschaft (Mischanbau mit bestimmten Baumarten in Makrokontourlinien) in den Usambarbergen umgesetzt haben, und deren Felder und Gärten eine deutliche Steigerung der Fruchtbarkeit und damit des Ertrages verzeichnen. Erosion spielt hier keine Rolle mehr, und die Eigentümer der Flächen erwirtschaften genug zum eigenen Leben und erzielen darüber hinaus noch Überschüsse. Diese Beispiele sind Hoffnungszeichen und machen klar, dass die Möglichkeiten vorhanden sind, und die propagierten Lösungsansätze im Prinzip funktionieren und erfolgreich umgesetzt werden können. Die Frage ist jedoch von wem? Oft sind die Besitzer dieser gut entwickelten „shamba“ (Feld) auch gut ausgebildete Personen (nicht nur im Landwirtschaftsbereich, sondern generell), die ihre Felder gekauft und nicht erst gewartet haben, bis sie erben können. Das heißt, sie können Landverbesserungen durchführen, ohne auf ihre Großfamilien / den Clanchef (= Landbesitzer) Rücksicht zu nehmen. Problematisch ist hier das traditio-

Thema: Landnutzung

nelle tanzanische Erbrecht: Wenn jemand auf dem Acker, der ihm zur Bewirtschaftung überlassen wurde, einen Baum pflanzt, erhebt er damit im trad. Sinne Besitzanspruch. Das versteht der Eigentümer oft in der Richtung, dass man möchte, er solle „das Zeitliche segnen“. Dieses Dilemma verhindert die Fortentwicklung der Äcker durch den Einsatz erosionsschützender Maßnahmen wie die Bepflanzung mit Dauerkulturen, zu denen auch die Bäume zählen. Viele jüngere Menschen sehen deshalb nicht ein, warum sie so lange auf den Erfolg zuarbeiten / warten sollten, wenn sie gar nicht sicher sein können, ob sie diesen Teil des Landes überhaupt erben werden und somit langfristig beernten können.

Aufgrund der sozialen Veränderungen in den Dörfern, die besonders von der Land-

flucht der jungen Menschen bestimmt sind, müssen neue Wege gefunden werden, um den in den Dörfern zurückbleibenden Menschen eine ausreichende Lebensgrundlage zu erhalten. In der alten Form der Landwirtschaft mit degradierten Böden sehen viele keine Zukunft mehr. Einzelne haben neue Wege der Bewirtschaftung beschritten und erzielen damit gute Erfolge.

Dennoch muss auch für die Übrigen etwas getan werden, um die Lebensgrundlagen der Einwohner zu erhalten und auszubauen. Bleibt zu hoffen, dass Einsicht und Entwicklung nicht zu langsam voranschreiten.

Jens Pfeil, 38154 Königslutter,
Brückentor 5, tel 05353 – 990845,
usambarapfeilchen@gmx.de

Der „Tanzaniadag 2003“ in Utrecht

Johannes Paehl (Kreuztal)

Aus Utrecht bekam das Tanzania-Network.de am 14. Oktober 2003 von Mariette Hegtermans eine Einladung für die Teilnahme am „Tanzaniadag 2003“. Das Netzwerk hatte diese Einladung erhalten, weil, wie es in dem Einladungsschreiben heißt, „... wir an diesem Tansaniatag, zum Teil nach Ihrem Beispiel, die SOT gründen werden. SOT bedeutet Samenwerkende (Zusammenarbeitende) Entwicklungsorganisationen (Tanzania (Tansania).“

Ich dachte, die Niederlande sind ja nicht so groß und rechnete mit 10, 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Liste der Teil-

nehmenden wies dann 114 Personen aus. Ich war wirklich überrascht. Dabei waren auch Tanzanierinnen, manche von ihnen in den Niederlanden verheiratet, anwesend. Im Foyer eines Gebäudes der Universität wurden vielerlei Getränke, einschließlich Rotwein, und einfaches Mittagessen angeboten (belegte Brötchen, Obst, aber auch Sambusa und tanzanisch zubereitete Hühnerteilchen), alles zum Tagungsbeitrag von 11 Euro. Daneben stellten in diesem Foyer verschiedenste Gruppen ihre Projekte und Aktivitäten vor.

Ich war beeindruckt von dem, was ich sah, weil es sehr innovativ und kreativ wirkte.

Partnerschaften und Projekte

Ich nenne einige Beispiele:

- V.I.S. = Veterinary Information Service. Eine Organisation, die von Studierenden aufgebaut und betrieben wird. Alle Menschen aus „Entwicklungsländern“ können ihre Fragen und Probleme per FAX oder e-mail an diese Studentengruppe richten, z.B. bei Krankheiten von Tieren. Sie antworten innerhalb bestimmter Zeit, fragen nach, wenn die Informationen für eine Entscheidung und einen Ratschlag nicht ausreichen.
- SHUBI Foundation for Deaf Children, eine Organisation, die sich um taube Kinder an verschiedenen Orten (Njombe, Tanga, Moshi u. a.) kümmert.
- KALI MATA KI JAI (KMKJ-Netherlands stands for equality among people.) Support Group Dar-es-Salaam mit Elisabeth Malocho (ELCT Service Office in Dar es Salaam), die einigen in unserem Netzwerk auch bekannt ist.

Zum Tagesprogramm:

Die Eröffnung und Tagesleitung wurde durch einen sehr kompetenten Herrn, Henny Helmich, Direktor einer besonderen nationalen Organisation wahrgenommen, der NCDO (Nationale Commissie voor Internationale Samenwerking en Duurzame Ontwikkeling) – Nationale Kommission für Internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung. Diese Organisation nimmt offensichtlich staatliche Aufgaben wahr, denn sie verteilt Gelder dergestalt, dass sie kleineren Entwicklungshilfeorganisationen, wie z.B. Partnerschaftsgruppen, deren eingeworbene Mittel verdoppelt. Viele dieser kleinen lokalen Gruppen arbeiten, viel stärker als bei uns, im Auftrag der Kommunen, vergleichbar mit der Situation in der BRD im Agenda Prozess. Der später sprechende Konsul Tanzanias in den

Niederlanden, Herr F.J. Hakkenberg (Die Botschaft Tanzanias für die Benelux Staaten residiert in Brüssel), gab dazu einige Zahlen (alles mit Vorbehalt, wegen möglicher Übersetzungsmissverständnisse). 26 Mill. € werden an diese kleinen Gruppen verteilt. 1,7 Mill. Menschen sind in diesen Gruppen aktiv, das sind 10 % der Bevölkerung. Sie setzen durchschnittlich drei Stunden pro Woche für die Sache ein. Eine andere interessante Zahl: Pro Jahr werden ca. 10.000 Visa für Tanzania ausgestellt.

Nach der Begrüßung wurden einzelne Anwesende spontan aufgefordert, ihre Gruppen und Aktivitäten kurz vorzustellen. Das war ein buntes Spektrum.

Dann kam der Tagungsordnungspunkt: „Presentatie van de SOT, Samenwerkende Ontwikklingsorganisaties Tanzania“ durch Herrn Izaak van Melle. Er ist der Sprecher eines Initiativkreises von etwa sechs Personen, der seit einiger Zeit die Gründung eines Netzwerkes verfolgt, unserem TANZANIA-NETWORK.DE entsprechend. Diese Präsentation geschah relativ leger und offensichtlich gelang es noch nicht so überzeugend, denn es gab allerhand kritische Nachfragen: Warum brauchen wir das, was kostet (uns) das, wer wird das bezahlen, die NCDO? Welche Kompetenzen darf SOT haben?

Der Gedanke einer Netzwerkgründung war nun den Versammelten erst einmal vorgestellt worden und wurde nach einer Bedenkzeit am Nachmittag wieder aufgenommen. Vor dem Mittagessen stellten noch zwei Organisationen ihre Projekte vor. Nach dem Mittagessen gab es zwei Mal je dreiviertelstündige Workshops. An Projekten und Workshops nahmen nicht nur Personen mit Tanzaniabezug teil, sondern eine Frau aus Kamerun sprach zum Beispiel über Erfah-

Partnerschaften und Projekte

rungen mit besonders von Frauen betriebenen Kleinkreditprojekten.

Dann wurde die Diskussion über die Gründung des SOT wieder aufgenommen. Dabei brachte sich nun auch der Tagungsvorsitzende von der NCDO stärker ein. Ich habe in dieser Runde unser Netzwerk mit den Erfahrungen vorgestellt, die für diesen Kontext wichtig waren. Dabei habe ich die Wichtigkeit solcher nationalen Netzwerke thematisiert und wiederum deren Vernetzung. Das gilt insbesondere für die stärker in das Blickfeld zu nehmenden Kontakte zur EU, einschließlich möglicher Fonds. Darauf hat ja auch schon zu einem früheren Zeitpunkt Konni Freier, Mitglied des Vorstandes des Tanzania-Network.de e.V., aufmerksam gemacht.

Am Ende der Diskussion mit vielem Für und Wider kam es zu einer Resolution, die beinhaltete, dass die bisherige Initiativgruppe für den nächsten Tanzaniatag einen Entwurf einer Arbeitsgrundlage für das angestrebte SOT vorlegen möge, also so etwas wie einen Entwurf einer Vereinssatzung. Das war sicher nicht der optimale Erfolg. Der letzte Tanzaniatag fand vor zwei Jahren statt. Aber es wurde am Ende schon gefragt,

wo der nächste Tanzaniatag stattfinden könnte.

Wenn ich diesen Tag mit unseren Studientagen oder auch Mitgliederversammlungen vergleiche, so hatte ich den Eindruck, dass alles weniger stringent, aber lockerer und dem Kommunikationsbedürfnis der Menschen entsprechender verlief. Das war nicht unsympathisch, eher angenehm. Aber für die Beteiligten, die etwas, nämlich die Gründung von SOT, erreichen wollten, wohl doch nicht ganz befriedigend. Es war an diesem Begegnungstag zu wenig Zeit, um konkretere Formen der Zusammenarbeit zu bedenken, da die Verantwortlichen mit der Organisation des Tages beschäftigt waren. Zu überlegen ist, welche Formen der Gemeinsamkeit verfolgt werden können, auch wenn SOT noch nicht als verfasste Organisation besteht. Ich werde versuchen, die entstandenen Kontakte fortzuführen. Vielleicht ergibt sich zu gegebener Zeit eine breitere Basis der Kooperation.

Johannes Paehl, Am Heckstück 7,
57223 Kreuztal, tel 02732-792 893,
j.u.d.a.paehl@t-online.de

Die Erforschung der Artenvielfalt im Nordosten Tanzanias

Prof. Dr. J. Wolfgang Wägele (Universität Bochum)

Die Vermehrung der Menschen hat in den vergangenen 100 Jahren ein globales Problem ausgelöst: Die Zerstörung von Naturräumen hat nicht nur dazu geführt, dass Landschaften, die Touristen anlocken und

begeistern, verschwunden sind, sondern es sind lokal ökologische Katastrophen eingetreten (Ausbreitung von Steppe und Wüste, Erosion im Gebirge), die nur mit sehr großem Aufwand (Terrassierung, Bewässerung,

Partnerschaften und Projekte

Anpflanzung) eingedämmt werden können. Die nachhaltigste und auf ewig nicht mehr korrigierbare Folge ist jedoch das Aussterben von Arten. Den Laien ist meist nicht bewusst, dass das Arteninventar tropischer Landschaften nur zu kleinen Anteilen bekannt ist. Eine nicht zählbare Menge von Insekten, Spinnen, Chamäleons, Fröschen und anderen Tieren ist bereits ausgestorben, ohne dass diese Arten jemals beschrieben und registriert werden konnten. Es sind Arten, die nicht nur eine ökologische Funktion in lokalen Systemen hatten, sondern auch als Bibliotheken genetischen Wissens betrachtet werden müssen, da jedes Tier mit seinen Genen die Überlebensrezepte besitzt, die für spezifische physiologische Funktionen, Ernährungsweisen, Verhaltensstrategien usw. erforderlich sind.

Zwischen dem Ressourcenbedarf einer wachsenden Bevölkerung und dem Interesse, natürliche Reichtümer zu bewahren, besteht ein Konflikt. Die illegale Rodung der Wälder am Kilimanjaro hat beispielsweise einen kurzfristigen Nutzen für die sich ansiedelnden jungen Chagga-Bauern, für deren zahlreiche Kinderschar reicht jedoch der Acker der Eltern nicht aus. Für weitsichtig in die Zukunft blickende Menschen muss die Erhaltung der Restwälder Priorität haben, da die darin enthaltenen genetischen Ressourcen einen viel höheren Wert haben als ein Acker, nicht nur für die lokale Bevölkerung, sondern für die ganze Menschheit. Daher ist auch jede Maßnahme, die zur Industrialisierung und zur Reduktion des Bevölkerungswachstums führt, auch eine Naturschutzmaßnahme.

Die Wissenschaft steht vor der dringenden Aufgabe, den vorhandenen natürlichen Artenreichtum kennen zu lernen, um einerseits die Regionen zu identifizieren, die beson-

ders schützenswert sind, andererseits, um zu verstehen, welche biologischen Mechanismen zu dieser faszinierenden hohen Artenzahl geführt hat. Da es sich um Grundlagenforschung handelt, die weder das Interesse der Pharmaindustrie und Medizin weckt, noch das von Politikern, die in Deutschland Technik und Patentanwendungen fördern wollen, ist die Finanzierung schwierig. Zur Zeit werden die Folgen menschlicher Nutzung für die Natur im Rahmen eines Projektes des Bundesministeriums für Bildung und Forschung untersucht (BIOTA AFRIKA). In Ostafrika, vornehmlich in Kenia, und im Yemen werden z.B. die Regeneration von Wäldern, der Bestand an Schmetterlingen, Libellen und anderen Insekten, die Folgen der Zerstückelung von Landschaften untersucht.

Einzelne Projekte werden auch von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert. Am Kilimanjaro hat beispielsweise ein Forscherehepaar aus Bayreuth (Familie Hemp) mit viel Eigeninitiative, privaten Investitionen und mit Unterstützung der DFG bei Moshi einen Stützpunkt eingerichtet, von dem aus Fauna und Flora der Bergregionen Ostafrikas erforscht werden. Eine der erstaunlichsten Entdeckungen ist, dass es in den Bergen der Usambara-Region, im Pare-Gebirge, auf dem Kilimanjaro und auf dem Mt. Meru eine hohe Zahl von Insekten gibt, die jeweils nur in sehr kleinen Gebieten leben. Auffällig sind Heuschrecken, die nicht fliegen können und an schmale Höhenzonen der Berge angepasst sind, wobei für ihr Überleben die natürliche Vegetation entscheidend ist. Anhand der Präsenz dieser Arten kann man erkennen, ob das natürliche Klima, von dem nicht nur Heuschrecken abhängen, noch besteht oder nicht.

Partnerschaften und Projekte

Wie ist diese Vielfalt entstanden? Offenbar haben die Tiere in lokalen Wäldern optimale Lebensbedingungen gefunden und sich so spezialisiert, dass sie nicht mehr woanders leben können. Das trifft sogar auf Vögel zu, von denen man annehmen sollte, dass sie problemlos andere Gebiete aufsuchen könnten. Für die Evolution der Arten ist entscheidend, dass bisher das Klima und die Vegetation über Jahrtausende nur langsame Änderungen erfuhren, an die sich die Arten anpassen konnten. Die Veränderungen der letzten 100 Jahre jedoch erlauben keine Anpassung und führen zur Ausrottung.

Zur Zeit untersuchen wir an der Universität Bochum mit molekulargenetischen Metho-

den die Verwandtschaft der Arten und die Evolutionsgeschichte, um die Entstehung der Vielfalt besser verstehen zu können. Dazu nutzen wir in Kooperation mit der oben genannten Familie Hemp als Modell die flügellosen Heuschrecken der Bergregionen im Nordosten Tanzanias.

Prof. Dr. J.W. Wägele, Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl Spezielle Zoologie, 44780 Bochum, tel 0234-322 45 63, fax 0234-323 14 114 Wolfgang.waegele@ruhr-uni-bochum.de

Gute Chancen für Menschen mit Behinderungen

Frank Hippenstiel, Gunhild Leuthold, Johannes Paehl (Kreuztal)

Im August letzten Jahres besuchten wir, eine Delegation der Kirchengemeinde Buschhütten, im Rahmen eines Partnerschaftsbesuches in Tanzania auch das Zentrum „Comprehensive Community Based Rehabilitation in Tanzania“ in Dar es Salaam. Die Partnerschaft besteht zwischen der Kirchengemeinde Buschhütten und der tanzanischen Gemeinde in Mbezi Luis im Rahmen der Kirchenkreispartnerschaft Siegen-Kibaha.

Dieser Besuch hat uns, im Blick auf das Wohlergehen unserer Partnerinnen und Partner, hilfreiche Perspektiven eröffnet. Während eines Besuches in unserer Partnerschaftsgemeinde vor zwei Jahren wurden Mitglieder unserer Gemeinde mit der An-

frage konfrontiert, einem Mädchen mit hochgradiger Inkontinenz und einem verkrüppelten Fuß eine Heilungsmöglichkeit in Deutschland zu verschaffen. In Tanzania habe man alles versucht, es gäbe keine medizinische Hilfe. Nachdem ich hier in Deutschland sondierte, ob es nicht doch in Tanzania Behandlungsmöglichkeiten gäbe, erhielt ich die Adresse von einem deutschen Arzt, der seit kurzem im Zentrum „Comprehensive Community Based Rehabilitation in Tanzania“ in Dar es Salaam arbeitet. Wir informierten unsere Partnergemeinde und die Eltern des Mädchens. Sie besuchten das Hospital und das Mädchen erfuhr durch Tabletten sofort wesentliche Besserung. Die Frage des verkrüppelten Fußes des Mädchens ist noch nicht endgültig geklärt.

HABARI 1 / 2004

Partnerschaften und Projekte

Während unseres Besuches im Jahr 2003 klagte einer unserer Gastgeber über wahnsinnige Schmerzen im Knie. Sein Bein war gebrochen gewesen und nicht wieder richtig zusammengewachsen. Kürzlich ist er im selben Krankenhaus erfolgreich operiert worden.

Neben Inkontinenz und verkrüppelten Gliedmaßen werden vor allem Augenkrankheiten in großem Maße sehr erfolgreich und

auch für tanzanische Verhältnisse preiswert behandelt.

Bei Besuchen in Tanzania begegnet man immer wieder Menschen mit beschriebenen Behinderungen und Lebensbeeinträchtigungen. Wir berichten hier davon, weil wir glauben, dass auf diesem Wege auch andere Menschen auf diesen die Lebensqualität in vielfacher Weise verbessernden Ort aufmerksam gemacht werden können.

„Comprehensive Community Based Rehabilitation in Tanzania“ P.O.Box 23310 Dar-es-Salaam Tel 00255-22-2260 0070 / 260 2346 ccbrrthos@intafrika.com www.ccbrrt.or.tz

Während unserer Reise wurden wir im Hospital von dem deutschen Direktor Richard Hess empfangen. Am Anfang des Gespräches erfuhren wir, dass CCBRT eine lokale Organisation ist, die von der Christoffel Blinden-Mission in Bensheim (CBM) unterstützt wird. Die dortige Überseeabteilung ist verantwortlich für die Arbeit in Übersee. Die CBM arbeitet in über 1000 Ländern mit ca. 1.000 Projekten.

Herr R. Hess zeigt sich uns im Laufe des Gespräches als ein äußerst effektiver Verwaltungs- und Organisationsmann, Betriebswirt, mit langjährigen Erfahrungen in mehreren Entwicklungsländern: „...ich beginne am liebsten mit einem leeren Zimmer und Tisch“. Das Verwalten von kompletten Einrichtungen scheint für ihn uninteressant.

1998 war der Ort dieses jetzt in jeder Hinsicht vorbildlich arbeitenden Hospitals, noch eine grüne Wiese, jetzt ist es nahezu komplett, abgesehen von einigen Erweiterungen und Verbesserungen. Schon während der Aufbauphase wurde die Arbeit in kleinem Rahmen begonnen, z.B. Operationsräume in anderen Krankenhäusern gemietet, um bekannt zu werden.

Dabei ist entscheidend, dass es sich nicht um ein übliches Krankenhaus handelt, sondern um ein Zentrum, das sich ganz speziell verschiedener Behinderungen annimmt. Das sind zuerst diverse Augenleiden, bzw. Erblindungen, das traditionelle Aufgabengebiet der Christoffel Blinden Mission. Hinzu kommen orthopädische Fehlstellungen, Hydrocephalus sowie Behinderungen durch Inkontinenz. Für Leprakranke werden in der Orthopädiewerkstatt Hilfsmittel (Schuhe Sandalen) gefertigt. Es werden sozusagen Marktlücken im Behindertenbereich anvisiert.

Wie arbeitet das CCBRT und was ist es, dass diese Einrichtung nicht nur effektiv in der Arbeit, sondern auch sehr sauber und in einer ruhigen Atmosphäre erscheinen lässt?

1. Es wird ein konsequentes Qualitätsmanagement durchgeführt. Es gibt regelmäßige Arbeitsbesprechungen auf den verschiedenen Ebenen in unterschiedlicher Intensität. Mitarbeitende (z.B. Reinigungspersonal) werden entsprechend ihrer Arbeitsleistung in halbjährlichen, bzw. jährlichen Abständen nach bestimmten Merkmalen finanziell belohnt oder auch zurückgestuft bzw. entlassen.

Partnerschaften und Projekte

Ein Beispiel: Entfernt sehen wir, wie eine Mutter ihr Kind um eine Ecke herum pinkeln lässt und wieder verschwindet. Es dauert nicht lange, kommt ein Mann in gelber Kleidung (offensichtlich für Sauberkeit und Ordnung zuständig) inspiziert genau den Ort des Geschehens und geht weiter zu der Frau...

2. Zwei ehemalige Krankenschwestern als Sozialarbeiterinnen ausgebildet worden. Sie übernehmen die Anamnese, erklären den Patienten den Behandlungsprozess, klären über die Operationen auf und sondieren durch Gespräche, in welcher sozialen Situation sich die Patienten befinden, ob sie den vorgegebenen Beitrag bezahlen können – oder wenn nicht, wie gewährt werden kann, dass sie dennoch behandelt werden. Somit entlasten sie die Ärzte wesentlich.

3. Jede Behandlung muss bezahlt werden. Für das Aufnahmegespräch 1.000 TSh. Für eine Augenoperation (im Jahr werden 4000 Augenoperationen vorgenommen: Glaukom, Star, Trachom) 4.000 TSh (1 Euro = 1.400 TSh). Reiche Leute bezahlen mehr oder werden auch als Sponsoren gewonnen. Die Entscheidungen über Höhe oder evtl. auch Unmöglichkeit zu zahlen erarbeiten die beiden Sozialarbeiterinnen mit den Patienten. Im Laufe der Zeit wurde eine intensive Verbindung zu Lions International und zu den Rotariern aufgebaut, die als Sponsoren gewonnen wurden. Diese honorieren das effektive Management kräftig, weil sie wissen, hier wird mit dem Geld gute Arbeit geleistet. Mit dem Deutschen Leprawerk in Würzburg gibt es ebenfalls eine Zusammenarbeit.

4. Outsourcing von Dienstleistungen: Küche, Wäsche und Optikerladen sind mit dem krankenhauseigenen Equipment in fremdes Management und Verantwortung gegeben worden, jedoch mit 10 % Gewinnanteil. So hat der Optikerladen (der ganz einfache aber

auch sehr hochwertige Materialien zu entsprechenden Preisen anbietet) in diesem Jahr bereits 30.000 Euro Gewinn für das CCBRT einfahren können. Die Verträge sind so gefasst, dass diese bei schlechten Dienstleistungen aufgelöst werden können. Letztendlich diese Wirtschaftsstrukturen dazu, den hohen Standard des Hospitals zu garantieren, ohne übermäßig Spendenmittel zu verbrauchen.

5. Es gibt Workshopangebote für das ärztliche und pflegerische Personal. Dazu werden Ärzte und Fachleute aus Übersee (Deutschland, USA, Neuseeland u.a.) mit hoher Kompetenz für bestimmte Behinderungen und Behandlungsverfahren eingeladen, nach Möglichkeit die gleichen Personen ohne große Wechsel für Jahre. Diese bieten Ihr Know how kostenlos an, evtl. wird das Flugticket bezahlt. Zu diesen workshops werden dann termingerecht die entsprechenden Patienten einbestellt. Wichtig ist die Zusammenarbeit mit tanzanischen Ärzten und Ärztinnen und ihre Fortbildung. Dabei erweist sich die Gewinnung von Augenärzten als sehr schwierig. So gab es in diesem Jahr nur zwei Augenärzte mit Universitätsabschluss. Augenärzte werden z.B. schlecht bezahlt. Für Kinder, Alte und Behinderte geben Menschen offensichtlich nicht (viel) Geld zur Behandlung aus. Sie gehören ja nicht zum produktiven Teil der Gesellschaft.

6. Besonderes Augenmerk wird darauf gerichtet, noch vorhandene Sehfähigkeit zu erhalten und zu verbessern. Es werden Anstrengungen unternommen, damit die Leute so früh wie möglich zur Behandlung kommen. Ein Informationsposter macht das deutlich.

7. Es wird eine Lagerhaltung für 12 Monate betrieben mit einer Beschränkung auf wesentliche Medikamente und Materialien. Zu- und Abgänge von diesen werden per Com-

Partnerschaften und Projekte

puter perfekt kontrolliert mit täglicher Abrechnung am Spätnachmittag. In diesem System komplizieren Medikamentenspenden die Abläufe. Darum werden Angebote eingeholt, um einen preiswerten Einkauf zu ermöglichen. Aufgrund von Regierungsanordnungen müssen Verfallsdaten beachtet werden. Es hat ja in Tanzania auch Zeiten gegeben, als Medikamentenspenden ins Land kamen und auf die Verfallsdaten nicht so genau geachtet wurde, was aus medizinischer Sicht nicht vertretbar ist. Dass diese Verfallsdaten eingehalten werden, ist sicher auch im Interesse der in Tanzania vertretenen Pharmaindustrie.

8. Es gibt eine „outpost Arbeit“. Sie führt weit über die Stadtgrenzen Dar es Salaams hinaus in die Region. Zwar bedeutet diese Arbeit Einnahmeverluste im Vergleich zur stationären Arbeit. Sie ist aber wichtig für die Kontakte und wird durchgeführt, auch weil in diesen Regionen die Menschen wesentlich ärmer sind, kaum etwas bezahlen können und teilweise per Bus zur Behandlung abgeholt werden müssen.

Die Stromversorgung in Dar es Salaam schwankt sehr, mit der Folge von Ausfällen in der Computeranwendung. Jetzt wird mit einem Pilotprojekt geprüft, ob eine Solaranlage Abhilfe schaffen kann.

Ein zweiter Operationsraum soll gebaut werden, damit Augenoperationen und orthopädische Operationen getrennt werden können, da letztere bei Hydrozephalus eine bessere Hygiene erfordern. Außerdem müssen Schlafsäle erweitert werden.

Im Blick auf die Arbeit und Leistungen des CCBRT muss man sich bewusst machen, dass es sich nicht um eine Entwicklungshilfeeinrichtung oder einen normalen Klinikbetrieb handelt, sondern um eine Arbeit für und mit Behinderten, für die keine vergleichbaren Mittel zur Verfügung stehen. Für den Organisationsablauf und die Pflegeverantwortung ist tansanisches Personal zuständig. Dass die Einrichtung so leistungsfähig ist, ist natürlich auch dem europäischen Direktor mit langjährigen Arbeits-erfahrungen in verschiedenen Ländern Afrikas und seinen weltweiten Verbindungen zuzuschreiben. Das ist besonders relevant für die Gewinnung der zeitweise mitarbeitenden Experten aus Übersee. Diese Situation muss man berücksichtigen, wenn man die Institution mit anderen tansanischen Einrichtungen vergleicht.

Johannes Paehl, Am Heckstück 7,
57223 Kreuztal, tel 02732-792 893,
j.u.d.a.paehl@t-online.de

INTERPLAST-Germany e. V.

*Aktionskreis Ostafrika (AKO Traunstein)**

INTERPLAST-Germany ist ein gemeinnütziger Verein für kostenlose Plastische Chirurgie in Entwicklungsländern, eine Vereinigung von erfahrenen Plastischen Chirurgen, Anästhesisten, Pflegern und

OP-Schwestern, die ihren Urlaub zur Verfügung stellen, um in freiwilligen, unentgeltlichen Einsätzen plastische Operationen in medizinisch unterentwickelten Ländern durchzuführen. Der Verein finanziert seine

Partnerschaften und Projekte

Einsätze aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Die medizinische Ausrüstung sowie die benötigten Medikamente und Materialien werden zum Teil von den entsprechenden Herstellerfirmen gespendet. Behandlungsschwerpunkte sind Verbrennungskontrakturen, Handfehlbildungen, Lippen-Kiefer- Gaumen-Chirurgie, Gelenkkontraktionen, Tumoren der Haut und des Kopfes, Hauttransplantationen. Ziel ist es, die Patienten in die Lage zu versetzen, ein sozial integrierter Teil ihrer Gesellschaft zu werden. Einsätze dauern zwei bis drei Wochen. Pro Einsatz können 100 bis 150 Patienten operiert werden, die Kosten eines Einsatzes lagen in vergangenen Jahren bei 10.000 bis 15.000 Euro. Die Einsatzländer liegen in Mittel- und Südamerika, West- und Ostafrika und vor allem in Asien. Seit der Gründung vor 22 Jahren wurden weltweit bisher etwa 25.000 Patienten in fast 400 Einsätzen behandelt.

Im Kibosho Hospital war Interplast schon mehrfach tätig, zuletzt im Oktober 2001. Dr. Perialis, Chirurg am KCMC in Moshi, hatte über Monate 45 Patienten gesammelt und teilweise voroperiert, die nun auf Operationen warteten. Ein sechsköpfiges INTERPLAST-Team aus Stuttgart war für zwei Wochen ins AKO-Gästehaus einge-

zogen. Sie hatten eigene Ausrüstung und medizinisches Material mitgebracht, um die Operationsausrüstung in Kibosho zu vervollständigen. Sogar ein dort ungenutztes Narkosegerät wurde wieder in Gang gesetzt. Schwerpunktmäßig wurden schwerste Verbrennungsnarbenkontrakturen, Ikg-spalten, Gesichtstumoren operiert. Zusammen mit dem Operationsteam aus Kibosho wurden damals an 10 Tagen insgesamt 64 Eingriffe durchgeführt. Ziel von INTERPLAST ist die längerfristige Zusammenarbeit. Grundsatz sind wiederholte Einsätze am selben Ort, um Vertrauen zu schaffen und Nachkontrolle der operierten Patienten zu ermöglichen. Dadurch sollen erhöhte Effektivität und Qualität der Hilfe erreicht werden. Der nächste Einsatz eines INTERPLAST-Teams in Kibosho ist für November 2003 geplant.

* in: „Aktuelles und Aktivitäten“ April bis September 2003

Aktionskreis Ostafrika e.V. Seiboldsdorfer Mühle 1, 83278 Traunstein, tel 0861 – 4395 fax 0861 – 164 249 ostafrika@t-online.de www.aktionskreis-ostafrika.de www.interplast-germany.de
--

KANGA SPRÜCHE No. 11

Ngoma ivumayo haidumu –

Lautes Trommeln hält nicht lange an.

Medien: Hinweise und Besprechungen

Das Kampagnenhandbuch ist da!

Das Kampagnenhandbuch des *Aktionsbündnis gegen AIDS* "Leben ist ein Menschenrecht" bietet nun die langerwartete prägnante Zusammenfassung der wichtigsten Informationen zur weltweiten HIV/Aids-Situation. Es erklärt die politischen Rahmenbedingungen, internationalen Organisationen und Maßnahmen, die für die weltweite Aidsarbeit wichtig sind, und bietet Hintergrundinformationen zu den Zielen und zu der Entstehung des Aktionsbündnisses. Neben den Bekenntnissen der prominenten BotschafterInnen bieten 15 Lebensbilder aus aller Welt einen Einblick in den Lebensalltag von Menschen, die mit HIV / Aids leben. Das Handbuch im Ringbuchformat erlaubt eine ständige Aktualisierung und Ergänzung und ist mit verschiedenen Aktionsvorschlägen, konkreten Tipps zur Öffentlichkeitsarbeit eine Arbeitshilfe und Informationsquelle für alle engagierten Gruppen.



Preis: 10 Euro, Umfang: ca. 70 Seiten

Zu bestellen bei:

Aktionsbündnis gegen Aids, c/o DIFÄM
Paul Lechler Straße 24, 72076 Tübingen
tel 07071 - 206 504, fax 07071 - 206 510
aids-kampagne@difaem.de
www.aids-kampagne.de

Der Internetsdienst des Tanzania-Network.de e.V.

Seit Beginn unserer Arbeit ist das Internet das wichtigste Medium für die Kommunikation innerhalb unserer Organisation und für die Vernetzung von Einzelpersonen, Gruppen, Organisationen und Institutionen in Deutschland und in Tanzania.

Wenn wir Informationen zu verteilen haben, sind wir in der Lage über unseren Online-Newsletter ca. 500 Nutzer effizient und ökonomisch zu erreichen.

Neben Vereinsinformationen stellen wir auf unsere Homepage auch Infos über unsere Studententage zur Verfügung. So haben die Besucher die Möglichkeit, sich direkt online

anzumelden. Nach den Studententagen stellen wir die Berichte und Referate auf unsere Website. Wir sind sehr froh, dass wir auf diese Weise ein breites Publikum erreichen können, auch diejenigen, die nicht zu unseren Tagungen kommen können.

Die hohe Besucherzahl (über 100 Besuche pro Tag) bestätigt die Notwendigkeit unserer Internetangebote. Besonders gefragt sind die Berichte und Referate von Studententagen, die HABARI-Ausgaben, Informationen über aktuelle Aktionen und das Online-Forum, in welchem sich Besucher direkt aufeinander beziehen können.

HABARI 1 / 2004

Medien: Hinweise und Besprechungen

Die vielfältigen Angebote, die momentan auf der Internet-Site sind, wie der Adressenpool, das Veranstaltungskalender, der Expertenpool und der Besuchskalender erfordern permanente Ergänzung und Aktualisierung.

Wir können unser Internet-Angebote weiter verbessern zum Beispiel durch die Bereitstellung von Medien und Arbeitsmaterialien für Regionalgruppen. Unser Ziel bleibt, durch dieses Medium, das gerade die jungen

Menschen anspricht, die Vernetzungen zu fördern, die entwicklungspolitische Lobbyarbeit zu unterstützen und einen effizienten Informationsaustausch zu gewährleisten.

Richard Madete, Küpperstegerstr. 49-51, 51373 Leverkusen
tel 0214 – 601 682,
rmadete@t-online.de

Richard Madete (Leverkusen)

Länderbericht und Länderbeitrag Tansania

In regelmäßigen Abständen lässt das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Länderberichte erstellen, so auch für Tansania. Der letzte Bericht wurde im April 2003 verfasst. Auf insgesamt ca. 30 Seiten wird das Land aus verschiedenen Perspektiven vorgestellt. Erst geht es um die Situation bezogen auf Problembereich und Entwicklungspotentiale sowie politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Daran schließt sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Tansania an. Hier geht es um die bisherigen Schwerpunkte und die zukünftige Zusammenarbeit. In ausführlichen Anlagen folgen dann Länderdaten und die Kurzbeschreibungen sämtlicher laufender Vorhaben der finanziellen und technischen Zusammenarbeit. Es finden sich Kurzbeschreibungen der Projekte wie verschiedene Wasserprojekte (Arusha, Moshi, Tanga, Songea, Mbeya, Iringa, Mwanza, Hai-Distrikt) oder die Förderung der Kooperation von Kirche und Staat im Bereich sozialer Dienste (CSSC). Alle Darstellungen sind mit Angabe der jeweiligen finanziellen Aufwendungen. Inte-

ressant sind besonders am Ende der Aufstellung einige Projekte, die zusammen mit Nichtregierungsorganisationen durchgeführt werden wie SUDERETA (Förderung regenerativer Energien).

Einen Länderbeitrag 2003 für Tansania wurde von Kurt Hirschler und Rolf Hofmeier verfasst, beide am Institut für Afrikakunde in Hamburg. Hier liegt der Schwerpunkt des zwölfseitigen Papiers auf einer ausführlichen Darstellung der Situation Tansanias. Bereiche, die diskutiert werden, sind Innenpolitik, Außenpolitik (mit aktuellen Bezügen wie zum Besuch des Präsidenten Mkapa in Deutschland im Herbst 2003 oder auf den Irak-Krieg) und die sozioökonomische Entwicklung des Landes. Der Länderbeitrag ist eine vorläufige Fassung für das Afrikajahrbuch 2003.

HABARI 1 / 2004

Der Länderbericht (BMZ) und der Länderbeitrag (Hirschler/Hofmeier) 2003 können in der Koordinationsstelle bestellt werden (Word-Datei und pdf-Datei).

Medien: Hinweise und Besprechungen

Der Länderbericht kann außerdem kann er von unserer website heruntergeladen werden: www.tanzania-network.de. Den Länderbeitrag finden Sie auf folgender website: www.duei.de/iak/de/content/aktuelles/pdf/Tanzania2003.pdf

Luise Steinwachs (Bielefeld)

Aktionsmaterialien der Kampagne Gerechtigkeit jetzt !

Das druckfrische Aktionsheft ist ein konkreter Leitfaden für die Gestaltung und Durchführung der Aktion zur Europawahl. Es bietet Hintergrundinformationen und Argumentationshilfen. In anschaulichen Texten wird die intransparente Handelspolitik der EU dargestellt sowie der Bezug zur Europawahl und der diskutierten europäischen Verfassung hergestellt. Die zweifelhafte Entwicklungsrhetorik in Bezug auf die laufende Welthandelsrunde ist ein weiteres wichtiges Thema.

Im Aktionsheft befinden sich Beispiele zu Ungerechtigkeiten im Welt(agrar)handel, die begründen, warum es Zeit ist, jetzt zu handeln. Die zentralen Forderungen der Aktion werden ausführlich erläutert, sodass den Aktionsgruppen einschlägige Argumente zur Verfügung stehen, wenn Sie an ihre EP-KandidatInnen herantreten. Ausschnitte aus den Wahlprogrammen der teilnehmenden Parteien zum Thema Welthandel sollen zusätzlich die Argumentation erleichtern.

Zu den konkreten Tipps zur Aktionsgestaltung gehören auch Kopiervorlagen für den Stimmzettel sowie ein Muster-Anschreiben an die KandidatInnen des Europäischen Parlaments und eine Muster-Pressemitteilung, sowie eine umfangreiche Kontaktadressenliste der Kandidaten für das Europäische Parlament.

Der Aktionsflyer kann kostenlos bestellt werden und gibt einen kurzen Überblick

über die Aktion, über die Möglichkeiten aktiv zu werden. Die ansprechend gestaltete Wahlurne mit den Stimmzetteln dient zum Sammeln der Stimmen für mehr Gerechtigkeit im Welthandel. Das Aktionsplakat ruft mit einer Waagschale als Symbol für Gerechtigkeit zur Teilnahme an der Stimmensammlung auf. Das Hintergrundfaltblatt zu Problemen des Agrarhandels erläutert in Kürze die Problematik der Verhandlungen der Welthandelsorganisation im Bereich Agrarhandel. Info-Faltblätter zu den Agrarprodukten Kaffee, Zucker und Baumwolle veranschaulichen beispielhaft die Ungerechtigkeiten im Welthandel. (ab 20. April erhältlich)

Alle Materialien lassen sich über die Website der Kampagne bestellen: www.gerechtigkeit-jetzt.de/eu_kampagne/bestellen/index.html. Wenn Sie nicht online Bestellen möchte, können Sie Ihre Bestellung auch gerne an europa@gerechtigkeit-jetzt.de richten.

Gerechtigkeit jetzt! Die Welthandelskampagne, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, tel 0228 - 368 39 32, fax 0228 - 92 39 93 56, info@gerechtigkeit-jetzt.de www.gerechtigkeit-jetzt.de

HABARI 1 / 2004

Antje Schultheis (Bonn)

